

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Hans Olland

Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 200 10 20

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i>	
Das Problem der nationalen Identität in Schleswig heute.....	100
<i>Karl Otto Meyer</i> (in „Flensburg Avis“)	
<i>Sogar in der Hitler-Zeit...</i>	107
<i>Artur Thomsen</i>	
Antwort an den Chefredakteur von „Flensburg Avis“	109
<i>Johann Runge</i>	
Gegenpole: Uwe Jens Lornsen und Christian Paulsen	114
Christian Paulsen, den første Sønderjyde (1798–1854)	
<i>Reinhold Borzikowsky</i>	
Kooperative Aktivitäten im Grenzland.....	127
<i>Horst Schwarze</i>	
Gerhard Fritz Hensel (zu seinem 70. Geburtstag)	133
Umschau ab Seite	138

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ANMERKUNGEN

„Nationale Identität und soziale Bewegung“ war das Generalthema einer Tagung, die, veranstaltet vom Grenzfriedensbund und der Akademie Sankelmark, in der Zeit vom 19. bis 21. September stattfand. Sie wurde durchgeführt in der Phase des „heißen“ Bundestagswahlkampfes, also mit einer Fragenstellung, die abseits des Wahlkampfes lag. Das war nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Teilnehmer, die Zusammensetzung der Zuhörer und den Verlauf der Aussprache.

Der Versuch, die nationale Identität des einzelnen bzw. gesellschaftlicher Gruppen im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen weltweit zu sehen und gleichzeitig die Verbindung zu dem nationalen und regionalen Geschehen der letzten sechzig Jahre im deutsch-dänischen Grenzraum herzustellen, war offensichtlich zu hoch gegriffen, so daß zwangsläufig für die Hörer an Fragen vieles offenblieb. Aber an Stoff zum Nachdenken wurde mehr als genug geboten.

In diesem Heft wird der abschließende Vortrag der Tagung im Wortlaut veröffentlicht, den Artur Thomsen, der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, über „Das Problem der nationalen Identität in Schleswig heute“ hielt. Er stellte so den aktuellen Bezug zum Generalthema her und hat damit ungewollt eine grenzpolitische Kontroverse ausgelöst, die ebenfalls in diesem Heft wiedergegeben wird. Der Text der anderen Vorträge der Tagung wird in den nächsten Heften erscheinen, da er über den unmittelbaren Teilnehmerkreis hinaus sicher ein starkes Interesse finden wird.

*

Anlässlich des diesjährigen Schleswig-Holstein-Tages, dessen Initiator und Träger der SHHB. ist, ist ein Faksimilie-Nachdruck der Flugschrift Uwe Jens Lornsens „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ anlässlich ihres 150. Erscheinungsjahres von der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte neu herausgegeben worden. Diese Schrift liegt durch das freundliche Entgegenkommen des Herausgebers diesem Grenzfriedensheft bei. Auf ihre historische Bedeutung und ihres Verfassers Uwe Jens Lornsens für die Landesgeschichte und die Entwicklung des nationalen Gegensatzes zwischen

Deutsch und Dänisch macht in einer Nachschrift der Landeshistoriker Professor Scharff aufmerksam. Die Gegenposition wird in diesem Grenzfriedensheft dargestellt von Johann Runge, dem Leiter der Studiefdeling der Dansk Centralbibliothek in Flensburg, dessen Studien u. a. besonders Christian Paulsen, dem Zeitgenossen und Antipoden Uwe Jens Lornsens gelten. Damit geben wir unseren Lesern die Möglichkeit, die vor 150 Jahren beginnende nationale Entwicklung in ihren verschiedenen Voraussetzungen zu verstehen und den Bezug zur Gegenwart herzustellen.

*

Daß trotz der Kontroverse um die dänische Zeitschrift „Slesvigland“ und der Debatte über eine Verschlechterung des Klimas im Grenzland die deutsch-dänische Zusammenarbeit funktioniert, wird belegt in dem Aufsatz von Reinhold Borzikowsky, dem Leiter des Grenzforschungsinstituts in Flensburg.

So wird in diesem Heft praktisch der Bogen geschlagen vom Beginn der nationalen Auseinandersetzung in unserem Lande vor 150 Jahren bis zu den Bemühungen unserer Tage, diese zu beenden und zu überwinden.

E. B.

Das Problem der nationalen Identität in Schleswig heute

Zum Abschluß der Tagung „Nationale Identität und soziale Bewegung“

Vortrag in der Akademie Sankelmark am 21. September 1980

Zunächst will ich die einzelnen Begriffe der Überschrift in Frage stellen bzw. erläutern, was ich darunter verstehen will, welchen Inhalt sie in meinem Vortrag haben sollen. Und damit muß ich wohl hinten anfangen, weil es dann noch nicht gleich so schwer ist:

Was heißt *heute*? — Nun, das sind über den 21. September 1980 hinaus die Jahre, für die im großen und ganzen dieselben Bedingungen, Voraussetzungen und Verhältnisse gegeben sind. Sicher: Zwar ist alles im Fluß, ist ständiger Veränderung unterworfen; aber mit einiger Großzügigkeit kann man doch Zeiten zusammenfassen, in denen mehr Gleichheiten als Unterschiede prägend gewesen sind, in denen nicht scharfe Zäsuren Entwicklungen beendet und neue eingeleitet haben. Als eine solche Zäsur im Grenzland sehe ich — vorbereitet durch die Kieler Erklärung von 1949 — die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 an, die einen Befriedigungsprozeß zwischen Deutschen und Dänen eingeleitet haben, der 10 bis 15 Jahre später schon ganz deutliche Früchte zeitigt.

Das Wort „heute“ in meiner Überschrift meint daher etwa die hinter uns liegenden siebziger Jahre und unsere Gegenwart und die absehbare Zukunft. Was dabei „absehbar“ heißen soll, will ich lieber offenlassen.

Der nächste Begriff ist *Schleswig*. Und ohne jetzt schon eine politische Aussage zu machen, kann damit nur das alte Herzogtum zwischen Königsau und Eider gemeint sein; sonst könnten *wir* nicht so gern von *Nordschleswig* und die Dänen nicht so gern von *Südschleswig* reden. Nur beides zusammen kann „Schleswig“ sein. Dennoch will ich stärker oder vorwiegend von dem Landesteil Schleswig im Bundesland Schleswig-Holstein reden, also von dem 1920 deutsch gebliebenen Teil Schlesiws. Da sind meine Erfahrungen größer, meine Eindrücke präziser, meine Aussagen also hoffentlich genauer.

Mit dem Begriff *Identität* wird es schon recht schwierig. Im Lexikon findet man: völlige Übereinstimmung, Gleichheit, Wesenseinheit. Das wird — auf den kürzesten Nenner gebracht — unter Identität verstanden; und bei dieser Erklärung will ich es in diesem Kreise einfach belassen. Den Begriff „national“ kann man dagegen deutsch oder französisch verstehen. Nach vorherrschender deutscher Auffassung (Herder, Arndt, Fichte) gehört zur Nation, wer in sie geboren ist (nasci

= geboren werden), nach vorherrschender französischer Auffassung (seit der Französischen Revolution), wer sich zu ihr bekennt. Das klingt, als wäre es für unser Grenzland geschrieben. Neigen nicht gerade wir Deutschen dazu, die Zugehörigkeit zum deutschen oder dänischen Volk von Herkunft und Abstammung, also von der Geburt herzuleiten? Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen aber basieren im Grunde auf der französischen Auffassung von der Nation als Willensgemeinschaft, was übersetzt in unsere Region heißt: Deutscher ist, Däne ist, wer will. Nicht die Herkunft, nicht die Abstammung, sondern das Bekenntnis entscheidet. Von dieser Grundauffassung lebt, wie mir scheint, die dänische Minderheit hier noch stärker als die deutsche Minderheit drüben. Däne ist man hier überwiegend durch Bekenntnis, Deutscher ist man drüben eher durch Geburt. Aber das internationale Recht, eben die Erklärungen der Bundesregierung und der dänischen Staatsregierung von 1955, räumen uns allen hier in Schleswig das Recht ein, uns zum dänischen oder deutschen Volkstum zu bekennen, ohne daß der Staat das nachprüft oder gar kritisiert. Über unsere nationale Identität entscheiden wir also durch einen Willensakt, ganz gleich, in welchem Land wir leben. Man kann hier sagen: „Ich bin Däne!“ und drüben: „Ich bin Deutscher!“. Das wird akzeptiert. Unsere Rolle als Staats- oder Steuerbürger bleibt davon unberührt; aber unsere Übereinstimmung oder Gleichheit mit dem jeweils bevorzugten Volk bleibt auch unbeanstandet. —

Das Wort *Problem* am Anfang meines Themas brauche ich nun kaum noch zu erklären. Das Problematische daran liegt auf der Hand, noch mehr, wenn ich gleich auch die dritte Möglichkeit der Identifikation nenne, nämlich: „Ich bin Friesel!“ Die Kieler Erklärung räumt den Friesen ja ausdrücklich dieselben Minderheitenrechte ein wie den Dänen. Und schließlich gibt es, wie man uns in einer neuen Zeitschrift seit einiger Zeit weismachen will, auch noch die Möglichkeit, sich selbst als Schleswiger zu identifizieren. Deutsche, Dänen, Friesen, zunächst säuberlich voneinander getrennt, mit jeweils eigener, unverwechselbarer Identität (jedenfalls mit dem Anspruch darauf), und dann alle vereint unter dem Dach eines gemeinsamen Schleswigertums, mit dem wir uns abheben sollen von den in diesem Sinne offenbar wesensfremden Holsteinern. Gleichzeitig wird natürlich, wenn man eine schleswigsche Identität als gegeben annimmt, die Unterscheidung nach deutsch, dänisch und friesisch zweitrangig; denn das Schleswigsche kann doch nur das sein, was die drei Bevölkerungsgruppen unserer Landschaft verbindet; es liegt also sozusagen über den Unterscheidungsmerkmalen der Gruppen, ist daher ein Oberbegriff, der mehrere Unterbegriffe sprachlich und inhaltlich zusammenfaßt.

Man muß daher sagen: Schleswiger zu sein, das heißt noch nichts anderes, als zwischen Hadersleben und Rendsburg geboren zu sein. Damit ist überhaupt keine Wesensbestimmung verbunden, auch kein Bekenntnis zu einem imaginären

Schleswigertum. Es ist eigentlich nur eine — etwas ungenaue — Bestimmung des Geburtsortes, weil nur die Landschaft beim Namen genannt wird. In dieser Landschaft aber — und das erlebt man durchaus, wenn man hier aufwächst — gehört man einer der schon genannten Gruppen an. Und da beginnt nun eigentlich mein Thema interessant zu werden.

*

Die dänische Mehrheit in Nordschleswig, so scheint mir, ist bewußter und betonter dänisch als die deutsche Mehrheit in Südschleswig deutsch ist. Woran liegt das? Die Erklärung ist im Grunde einfach: Zwischen 1864 und 1920 hat sich das Dänentum zwischen Flensburger Förde und Königsau behaupten müssen gegen die zeitweise sehr massiven Bemühungen der preußischen bzw. deutschen Behörden, die dänische Sprache und das dänische Volkstum allmählich zu verdrängen und in Vergessenheit geraten zu lassen. Gerade durch die Bedingung aber ist das Dänentum hier erst richtig geweckt und verstärkt worden. Und das wirkt bis heute nach; die dänischen Volkshochschulen, die damals entstanden, arbeiten auch heute noch; sie sind zahlreicher als je und pflegen wirksam und intensiv ein dänisches Bewußtsein.

Die deutsche Mehrheit in Südschleswig ist da in einer anderen Lage. Hier sind seit Jahrhunderten die meisten deutsch. Daß sie von dänischen Fürsten regiert wurden, störte sie bis ins 19. Jahrhundert hinein gar nicht; denn die Fürstenhäuser und die von ihnen beherrschten Völker gehörten in vielen Gegenden Europas nicht derselben Nation an. Erst Napoleon brachte den Deutschen auf drastische Weise bei, ein gemeinsames Nationalgefühl zu entwickeln. Und das erfaßte dann auch die Schleswig-Holsteiner, als die Eiderdänen das Herzogtum Schleswig unbedingt in das Königreich Dänemark einverleiben wollten. Daher rührte doch 1848 der Widerstand der mehrheitlichen deutschen Schleswiger, die ihrer deutschen Identität bewußt geworden waren, gegen dänische Überfremdung. Und die Kämpfe von 1848, 1849 und 1850 führte doch das Königreich, um den deutschen Widerstand zu brechen; denn der Wunsch oder der Wille, nicht endgültig dänisch zu werden, hieß doch, daß die Menschen hier in die deutsche Sprache und in den deutschen Kulturkreis eingebunden bleiben wollten. Um etwas Schleswigsches ging es dabei sicher nicht.

Dann aber folgte die Zeit der sog. Dänenherrschaft (1851—1863), in der dieses Land hier daniert werden sollte. Und in der Bedrängung wurden die Menschen hier deutscher oder bewußter deutsch, als sie vorher schon gewesen waren, genau wie später um die Jahrhundertwende Nordschleswig in der Bedrängung dänischer wurde. Aber was in diesen fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch restriktive Maßnahmen dänisch gemacht werden sollte, kann ja nicht schon immer dänisch gewesen sein, wie man uns heute noch gerne weismachen will. Gegen wen wären sonst die Sprachverordnungen, die Ausweisungen usw.

erlassen worden? — Wenn also Traugott Möller in der letzten Ausgabe seiner Zeitschrift „Slesvigland“ — und damit springe ich wieder in die Gegenwart — sagt: „Als Schleswiger ist man automatisch dänisch, wie ein Holsteiner automatisch deutsch ist“, dann sagt er schlicht die Unwahrheit. Man *ist* hier nicht dänisch, sondern man *kann* hier dänisch *sein*. Und diese Möglichkeit haben die Deutschen hier ihren dänischen Nachbarn sogar in den Zeiten schlimmster nationalistischer Verblendung, in der Hitlerzeit nämlich, eingeräumt.

Die Deutschen selber aber sind nach 1945 zunächst irre geworden an ihrer nationalen Identität, und viele haben die nur hier gegebene Möglichkeit wahrgenommen, sich anders zu orientieren. Dieses müssen wir respektieren. Wir dürfen es nicht diffamieren als „Speckdänentum“; denn neben dem Wunsch, in der Zeit des Hungers zu überleben, konnte man ja 1945 wirklich vom Deutschsein, von dem, was die Nazis daraus gemacht hatten —, wie man so sagt — „die Schnauze voll“ haben. Und — wie gesagt — „Däne ist, wer will“; warum er das sein will, wird hier nicht nachgeprüft. Und auf Dauer sind ja die Dänen hier auch nicht die Mehrheit geworden, sondern die Minderheit geblieben, und das nicht nur wegen der Flüchtlinge und Vertriebenen. Diejenigen, die deutsch geblieben waren, haben sich auf ihr Deutschtum nichts eingebildet; sie konnten nur nicht davon lassen. Ich weiß, wie das war, denn ich gehöre zu dieser Gruppe. Die Deutschen waren sogar stärker als die meisten anderen Völker bereit, die Konturen ihrer Identität zugunsten eines meist unscharf profilierten Europäertums abzuschleifen. Und heute sind es ja nicht die großen Völker, sondern die kleinen, die ihre Eigenständigkeit betonen; die Regionen, die Minderheiten melden sich zu Wort, weil sie fürchten, in den großen nationalen und internationalen Einheiten unterzugehen. Da bleiben z. B. die Deutschen, auch hier im Grenzland, ganz gelassen. Die Einheit Europas bedroht weder ihre Existenz noch ihre Identität. Ich glaube, daß dieser Umstand viele unserer Landsleute in der Frage des nationalen Bekenntnisses so indifferent macht. Eine Rolle spielt auch die Überlegung, die gerade jüngere Leute häufig anstellen, was es denn eigentlich ausmacht, ob man deutsch oder dänisch ist. Vielleicht wollen viele Jüngere die Frage nach der nationalen Identität gar nicht mehr stellen, weil ihnen eine Antwort darauf nichts mehr bedeutet. Allerdings glaube ich, daß dieses Problem sich stärker in den volklichen Mehrheiten, nicht so sehr in den Minderheiten stellt. Ein Trost für alle Betroffenen, daß viele mit zunehmendem Lebensalter offenbar erst aufgeschlossen werden für diese Fragen der persönlichen Zugehörigkeit.

Die Deutschen also — da, wo sie in der Mehrheit sind — nehmen es heute gelassen. Über die Dänen in unserem Lande ist gelegentlich gesagt worden, sie entwickelten so etwas wie ein Ghetto-Bewußtsein. Dieser Ausdruck ist mir ein bißchen zu sehr plakativ, d. h. ungenau, vereinfachend, vergrößernd. Daß sie stärker als wir in dem Gefühl leben, sich behaupten zu müssen, ist ja

selbstverständlich. Gelegentlich allerdings lassen sie den Eindruck entstehen, als müßten sie sich gegen eine im Grunde dänenfeindliche Mehrheit behaupten und durchsetzen; und das halte ich nun doch für falsch. Sicher werden ihnen nicht alle Wünsche ohne weiteres erfüllt; sicher gibt es unbedachte, manchmal unkluge Äußerungen, über die sich ein Däne in Südschleswig ärgert. Es gibt auch politische Entscheidungen, z. B. über die Zahl der Landtagssitze, die unfreundlich gegen die Minderheit sind. Aber im großen und ganzen kann man völlig ungeniert und völlig unbehindert hier als Däne leben. Und das ist gut so. Wir haben als Mehrheit allen Grund, diesen Zustand zu begrüßen und ihn auch zu garantieren. Wir wissen in Deutschland nun wirklich, wie es ist, wenn einem vorgeschrieben wird, was man für richtig zu halten hat.

Daß die Deutschen hier ihre Identität behaupten mußten, ist — das wollte ich zeigen — lange her. Und nach 1945 gab es nicht viele Gründe, stolz auf sein Deutschtum zu sein; das war allzu sehr mißbraucht worden. Vielleicht waren die Deutschen deshalb stärker als andere Völker bereit, „Europäer“ zu werden. Beide Gründe, ein seit 100 Jahren (oder seit 60 Jahren?) nicht bedrohtes und ein jahrzehntelang nicht eben hoch im Kurs stehendes Deutschtum haben die oben erwähnte Gelassenheit (oder Gleichgültigkeit?) der deutschen Mehrheit bewirkt. Man sieht das z. B. an der geringen Neigung, sein Deutschsein nach außen durch Fahnen etwa oder staatliche Symbole sichtbar zu machen, und auch an der Großzügigkeit (oder wieder Gleichgültigkeit?), mit der wir der Minderheit erlauben, ihr Dänentum sichtbar zu bekennen. Das können die Deutschen drüben bei weitem nicht ebenso unbefangen tun.

Die Dänen dagegen setzen sich selbst da, wo sie die Mehrheit bilden, in ihrem eigenen Land nämlich, immer wieder mit dem großen Nachbarn im Süden auseinander. Vielleicht empfinden sie sich als kleines Volk innerhalb Europas auch ein wenig wie in der Minderheit. Und weil die Deutschen ihnen nicht nur 1864 und danach, sondern auch noch im Zweiten Weltkrieg durch die Besetzung übel mitgespielt haben, sind sie leicht geneigt, die Deutschen in Bausch und Bogen für im Grunde böswillig zu halten, jedenfalls die Leute, vor denen man sich hüten muß. Manche dänische Zeitung läßt in ihrer Berichterstattung über Deutschland diesen Eindruck leicht entstehen. Desto mehr begreift man, daß erst recht die dänische Minderheit bei uns dieses Mißtrauen fast schon ein wenig pflegt. Manchmal denke ich, daß es wohl leichter ist, die eigenen Reihen geschlossen zu halten, wenn man das Gefühl vermittelt, zusammenstehen zu müssen, sich gegen eine Bedrohung von außen behaupten zu müssen. Ich habe den Eindruck, daß die Deutschen in Dänemark sich viel unbefangener als dänische Staatsbürger und als Mitgestalter der nordschleswigschen Szene empfinden. Sie haben ja auch ein deutliches Bekenntnis zum dänischen Staat abgelegt, was umgekehrt die Dänen hier weit von sich weisen. Warum eigentlich? Spielt da nicht doch dieses „Slesvigland-

Syndrom“, Südschleswig sei im Grunde und eigentlich und letzten Endes doch seinem Wesen nach ein dänisches Land, eine Rolle? Als deutsche Staatsbürger und Steuerzahler tun sie sicher ihre Pflicht; aber sie bekennen sich als solche unüberhörbar immer nur, wenn sie daraus Ansprüche herleiten wollen.

Aussagen dieser Art werden mir unsere dänischen Landsleute vielleicht übelnehmen. Aber ich denke, wenn wir hier miteinander und nebeneinander leben wollen, und das wollen wir doch, dann müssen wir einander sagen dürfen, was wir für die Wahrheit halten. Bei den dänischen Sprechern hier habe ich in diesem Punkt auch noch nie irgendeine besondere Zurückhaltung gespürt. Warum also sollten nicht auch wir sagen, was wir denken, solange wir die Dänen hier Dänen sein lassen?!

*

Und nun muß ich noch ein Wort zu den Friesen sagen. Ich habe sie anfangs schon einmal erwähnt. Wenn man der Kieler Erklärung folgt, können sie sich wie die Dänen hier als nationale Minderheit verstehen. Es ist auch interessant, daß sie in vielen offiziellen Äußerungen der dänischen Bevölkerungsgruppe als „nationale Friesen“ besonders erwähnt werden. Dabei entsteht der Eindruck, als ob die Friesen politisch von den Dänen ein wenig unter die Fittiche genommen werden. Aber was bedeutet das? Wollen das eigentlich die Friesen? Verbünden sich vielleicht nur zwei Minderheiten, um sich gegenseitig in der sie umgebenden Mehrheit zu stärken? Oder sind die sog. nationalen Friesen wirklich ein bißchen mehr dänisch als deutsch? Dann ist es merkwürdig, daß sich nördlich der Grenze ein eigenständiges Friesentum offenbar überhaupt nicht artikuliert. Gibt es da keine Friesen? Die Friesen hier aber neigen zum Dänischsein? Da stimmt irgendetwas nicht.

Es gibt ganz gewiß das alte germanische Volk der Friesen. (Wer hätte sonst Bonifatius erschlagen?) Und diese Leute haben sich allmählich an der ganzen Nordseeküste ausgebreitet, ohne jedoch je einen eigenen Staat zu gründen, der diese Bezeichnung verdient. Seit ca. 1000 Jahren wohnen die Friesen auch bei uns an der Küste und auf den Inseln. Friesischer Abstammung zu sein, gilt etwas bei uns; denn Friesen — sagt man — sind stolz, mutig, hart, treu, wetterfest, bodenständig, zuverlässig — und wer wollte das nicht sein?! Es gibt eine friesische Sprache und auch ein friesisches Brauchtum, also wohl auch die Möglichkeit, eine eigene friesische Identität zu empfinden. Ist es aber eine nationale Identität? Sind die Friesen eine Nation? Sind sie wirklich mehr als ein Volksstamm, dem mit Sprache und Brauchtum durchaus etwas Unverwechselbares eigen ist und dem man einige Charaktereigenschaften in besonderer Ausprägung zuschreibt? Mir scheint, als Nation fühlen sich die Friesen selber nicht; sie rechnen sich vielmehr dem deutschen Volke zu und leiden durchaus nicht unter ihrer staatlichen Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland bzw. zu den Niederlanden. Warum sollten sie auch? Gerade in unserer Zeit gibt es doch einige staatliche

Anstrengungen zur Erhaltung etwa der friesischen Sprache u. a. Wir sollten die Friesen aber nicht noch einteilen in deutsche und dänische Friesen. Das tut ihnen selbst nicht gut; denn so zahlreich sind sie nicht, daß sie eine Teilung vertragen. Außerdem: Wo bleibt denn eigentlich die friesische Identität, wenn die Deutschen und Dänen jeder für sich noch einen eigenen Anteil am friesischen Wesen haben wollen? Darum verstehe ich nicht ganz diesen dänischen Touch, der den Friesen immer verpaßt wird, wenn etwa der SSW hier von den „nationalen Friesen“ spricht. Laßt sie doch einfach Friesen sein; und laßt jeden sich einen Friesen nennen, der gern einer sein will!

*

Und jetzt möchte ich in wenigen Thesen zusammenfassen, was ich über die nationale Identität in Schleswig zu sagen versucht habe:

1. Eine schleswigsche Identität gibt es nicht, weil es kein eigenständiges, mit kennzeichnenden Merkmalen versehenes Schleswigertum gibt, das man von den nördlichen und südlichen Nachbarn der Schleswiger hinreichend deutlich unterscheiden könnte.
2. Eine nationale Identität der Friesen gibt es auch nicht. Sie haben stammesmäßige Besonderheiten, die man auch deutlich ausmachen kann, mit denen sie sich aber nicht national von der deutschen Bevölkerung unterscheiden.
3. Schleswig, und zwar das ganze Schleswig zwischen Königsau und Eider, wird durch eine Staatsgrenze geteilt, die nicht gleichzeitig eine Volksgrenze ist. Dieses ganze Schleswig wird so zum Begegnungsraum zweier Völker. Hier leben Dänen und Deutsche, die jeweils in dem einen Staat die Mehrheit, in dem anderen die Minderheit bilden.
4. Hier steht jedem Bürger das persönliche Bekenntnis zur Identität mit einem der beiden Völker, Sprachen und Kulturen frei.
5. Die Deutschen und Dänen, hüben oder drüben in der Mehrheit oder in der Minderheit, bilden vier voneinander unterscheidbare Gruppen:
Die Deutschen in Dänemark halten entschieden und bewußt am Deutschsein fest und erleben ihre nationale Identität in der Pflege ihrer Gemeinsamkeit und in der Teilnahme am kulturellen Leben Deutschlands. Sie erkennen jedoch ganz selbstverständlich die heutige Grenze an und bekennen sich ausdrücklich zu ihren Pflichten als dänische Staatsbürger.
Die Dänen in Deutschland halten ebenfalls in vielen Organisationsformen fest zusammen und pflegen Verbindungen aller Art nach drüben. Sie distanzieren sich oft deutlich von der deutschen Mehrheit und bleiben unter sich. Die Staatsgrenze, so meinen sie, müßte eigentlich weiter im Süden verlaufen; denn dieses Land ist nach ihrer Auffassung eher dänisch als deutsch.
Die Dänen in Dänemark betrachten sehr kritisch die demokratische

Entwicklung in Deutschland, halten fest zu ihrer Minderheit hier und entwickeln dem großen deutschen Nachbarn gegenüber und wohl auch im Rahmen der EG so etwas wie ein Minderheitenbewußtsein.

Die Deutschen in Deutschland erfahren und erleben nur zum Teil bewußt ihre nationale Identität. Die meisten sind Volkstumsfragen gegenüber eher gleichgültig geworden, sehr zum Leidwesen übrigens der deutschen Volksgruppe drüben, die jedoch von allen amtlichen Stellen in Deutschland nach Kräften unterstützt wird.

6. In diesen freien Raum, der durch die nationale Unentschiedenheit vieler Deutscher entstanden ist, stößt seit einiger Zeit eine neue dänische Aktivität vor. Dazu gehört auch „Slesvigland“.
7. Die letzte These soll ein Bekenntnis sein: In Schleswig soll Däne sein, wer will; hier soll auch Deutscher sein, wer will. Wer als Friese erkannt werden will, soll sich als Friese bekennen dürfen. Und wer über diesem allem auch noch meint, als Schleswiger markante Besonderheiten zu haben, dem sollten wir dieses Recht, ein persönliches Bewußtsein zu entwickeln, nicht bestreiten. Über seine nationale Identität allerdings sagt das nichts aus.

Ein Satz in dem Vortrag von Artur Thomsen (zitiert in dem Bericht des „Nordschleswiger“) veranlagte Karl Otto Meyer, den Chefredakteur von „Flensburg Avis“, zu einem persönlich sehr unfreundlichen und polemischen Leitartikel „Sogar in der Hitler-Zeit...“ den wir nebenstehend wieder geben:

SOGAR IN DER HITLER-ZEIT...

Die Zeitschrift SLESVIGLAND erweckt immer noch Aufsehen. In der Grenzakademie Sankelmark hat sich der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Rektor Artur Thomsen, wieder einmal mit der Zeitschrift beschäftigt. Der Zeitung „Der Nordschleswiger“ zufolge soll er gesagt haben, im Landesteil Schleswig sei man nicht dänisch, sondern man

könne hier dänisch sein. Und dann kommt ein fataler Satz, den der „Nordschleswiger“ in Anführungszeichen bringt, also eine wortgetreue Wiedergabe dessen, was Artur Thomsen sagte: „Und diese Möglichkeit haben die Deutschen hier ihren dänischen Nachbarn sogar in den Zeiten schlimmster national-sozialistischer Verblendung, in der Hitlerzeit nämlich, im Grund immer eingeräumt.“

Das ist doch unglaublich! Selbst in der Hitlerzeit hatten wir die Möglichkeit, dänisch zu sein. Ja, der dänische Bevölkerungsteil wurde von Hitler nicht ausgelöscht wie andere Bevölkerungsgruppen. Wir konnten von 1933-45 als Dänen in Südschleswig leben, es wurden zwar einige unserer Mitglieder im Gefängnis oder im Konzentrationslager eingesperrt, aber wir hatten weiterhin die Möglichkeit zu wählen, ob wir als Dänen hier leben wollten. Einige unserer Familienväter verloren ihren Arbeitsplatz, weil sie Mitglieder des Schleswigschen Vereins waren oder ihre Kinder in die dänische Schule schickten, aber sie hatten ja doch die Möglichkeit zu wählen, ob sie sich zum Dänentum bekennen wollten. Dänisch gesinnte kinderreiche Familien bekamen kein Kindergeld, wenn ihre Kinder dänische Schulen besuchten, anderen verweigerte man die soziale Unterstützung, weil sie Mitglieder eines dänischen Vereins waren. Aber davon abgesehen, hatten sie auch weiterhin die Möglichkeit, sich zu ihrer dänischen Gesinnung zu bekennen. Der „Flensburg Avis“-Lokalredakteur in Tondern wurde arrestiert und starb in deutscher Haft, aber „Flensburg Avis“ konnte weiterhin erscheinen. Chefredakteur Ernst Christiansen bekam Schreibverbot und durfte zuletzt die Redaktionsräume von „Flensburg Avis“ nicht mehr betreten, ein Verbot, das ihn physisch und psychisch schwächte und zu seinem allzu frühen Tod führte. Aber

„Flensburg Avis“ konnte doch erscheinen! Die Angriffe gegen unsere Zeitung und Ernst Christiansen kamen u. a. vom damaligen Oberbürgermeister in Flensburg. Redakteur L. P. Christensen mußte einen schwierigen Balanceakt unternehmen, damit „Flensburg Avis“ weiterhin herausgegeben werden konnte.

Dänische Pfadfinder konnten ihre Arbeit während der Hitlerzeit durchführen. Sie bekamen zwar manchmal Prügel in den Straßen der Stadt, aber wenn sie sich damit abfanden, konnten sie nach wie vor dänische Pfadfinder sein. Ja, in der Tat, selbst in der schlimmsten Hitler-Zeit hatten wir die Möglichkeit, dänisch zu sein!

Wenn man diese Äußerungen von Artur Thomsen liest, muß man unwillkürlich an jene denken, die die Berechtigung der letzten Grenzziehung damit beweisen wollen, daß selbst Hitler diese Grenze anerkannt habe. Sie wurde ja nicht aufgehoben, so wie er andere Grenzen aufhob. Daß Hitler die Grenze überschritt und Dänemark unterwarf und besetzte, ändert für diese Menschen nichts an der Tatsache, daß die Grenze anerkannt wurde.

Ja, man erlaubte uns also selbst in der schlimmsten Hitlerzeit, weiterzuarbeiten. Warum beschwerten wir uns denn eigentlich? Vielleicht sollte man die Argumente Artur Thomsens liegen lassen. Aber wir können doch nicht ganz vergessen,

daß er Flensburger Stadtpräsident war, und daß er Sozialdemokrat ist. Deshalb können wir nicht verstehen, was in ihn gefahren ist in der letzten Zeit. Als Flensburger Jung hat er doch die damaligen Verhältnisse gekannt! Sollte es wirklich einer Zeitschrift wie SLESVIGLAND bedürfen, um uns zu zeigen, wie unsere sogenannten Freunde wirklich über uns denken? Ja, dann hat SLESVIGLAND allein damit seine Berechtigung erwiesen. Ob es sich vielleicht so verhält, daß der frühere Stadtpräsident noch das Bild von uns als der kleinen unterdrückten und deshalb oft verzagten Gruppe im Gedächtnis hat? Hat sich dieses Bild

so stark in seiner Erinnerung eingeprägt, daß er es einfach nicht fassen kann, daß wir heute eine Gruppe anderer Größenordnung und nicht mehr so verzagt sind, wie wir es damals notgedrungen sein mußten, wenn wir überhaupt überleben wollten?

Wir fragen nur. Wir wissen, daß wir keine Antwort bekommen.

Aber durch Artur Thomsens Äußerungen in der letzten Zeit haben wir ein klares Bild von ihm erhalten. Es ist nicht mehr das Bild des Stadtpräsidenten Artur Thomsen.

K. O. [Meyer]

Antwort an den Chefredakteur von „Flensburg Avis“

Lieber Karl Otto Meyer, Du irrst Dich gewaltig!

Nicht nur mit den letzten Sätzen Deines bösen Leitartikels vom 24. September im „Flensburg Avis“ irrst Du dich, aber mit denen will ich anfangen. Du glaubst zu wissen, daß Ihr von mir keine Antwort bekommt. Du irrst Dich: Hier ist sie!

Und ein klares Bild von mir könntet Ihr eigentlich haben; das stimmt. Aber Du verzeichnest, ja, Du verzerrst es; und ich weiß gar nicht, warum. Wenn Du nur ein Mindestmaß journalistischer Sorgfaltspflicht gewahrt hättest, dann hättest Du doch nach meinen Ausführungen im ganzen und nach dem Zusammenhang des einen Satzes fragen müssen, den Du zitierst, als wenn ich über das Wohleben der Dänen in der Hitlerzeit referiert hätte. Du hättest meinen Vortrag sogar selbst mit anhören können; denn Du — wie auch andere führende Vertreter der dänischen Bevölkerungsgruppe — warst ausdrücklich und schriftlich eingeladen. Meinst Du wirklich, das hätte ich getan, wenn ich so schlimme Geschichten über Euch hätte sagen wollen, wie ich es nach Deinem Artikel anscheinend getan habe? Aber keiner von Euch ist gekommen. Namhafte dänische Wissenschaftler dagegen waren da; und die sahen keinen Anlaß zur Kritik.

Nein, Karl Otto! Was ich gesagt habe, verträgt sich ganz und gar mit meiner Zugehörigkeit zur deutschen Sozialdemokratie und auch mit meiner Vergangenheit als Flensburger Stadtpräsident, übrigens auch mit meinen Aufgaben als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, und vor allem auch mit meinem eigenen Gewissen. Das spielt bei mir nämlich immer noch eine Rolle. Ich habe mich in dem zitierten Zusammenhang nur gewehrt gegen Traugott Möllers „Slesvigland“-Aussage, als Schleswiger sei man „automatisch dänisch“; denn das ist falsch. Das könnt Ihr doch nicht bestreiten. Oder dürfen wir hier schon nicht mehr deutsch sein? So klingt doch das, was Traugott Möller sagt. Und um zu unterstreichen, daß es selbstverständlich schon immer Euer gutes Recht war, hier dänisch zu sein, habe ich gesagt, daß Ihr diese Möglichkeit im Grunde sogar in der Hitlerzeit hattet, d. h.: heute erst recht und völlig unangefochten. Hinzugefügt habe ich, daß wir das dänische Bekenntnis vieler Deutscher nach 1945 nicht diffamieren dürfen als „Speckdänentum“, weil es damals gewiß mehr Gründe als den Hunger gab, vom Deutschsein „die Schnauze voll“ zu haben. Und daß uns die Gründe, warum einer Däne sein will, gar nichts angehen (im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen), habe ich auch gesagt. Das kannst Du nachlesen. Eine Mißachtung der Leiden, die Dänen und viele andere, nicht zuletzt ja auch Deutsche, in der Nazizeit erdulden mußten, kann man wirklich nur mit bösem Willen aus meinen Worten herleiten. Das Gegenteil ist der Fall: Ich habe große Hochachtung vor jedem, der in jener Zeit Verfolgung ausgehalten hat und tiefes Mitgefühl mit jedem, der damals Opfer politischer Gewalt geworden ist. Soweit Dänen zu diesen Mitmenschen zählen, gilt das selbstverständlich auch für sie. Und sicher waren auch Dänen, auch Angehörige der dänischen Minderheit dabei. Ich behaupte ja gar nicht, daß sie eine Vorzugsstellung bei den Nazis genossen hätten. Aber man kann doch auch nicht sagen, daß sie, weil sie Dänen waren, besonderer Verfolgung ausgesetzt gewesen wären. Wenn man das sagen könnte, hättest Du das in Deinem Artikel sicher getan; Du hast dagegen bestätigt, daß — bei aller Bedrängung und mit schlimmen Folgen im Einzelfall — etwa die dänische Pfadfinderorganisation nicht verboten wurde und daß „Flensborg Avis“ erscheinen konnte. — Also Schluß damit! Ich habe Euch nicht angegriffen und wollte Euch auch gar nicht angreifen. Du aber, Karl Otto Meyer, und die für „Slesvigland“ Verantwortlichen und wohl auch noch ein paar geistige Wegbereiter dieser Zeitschrift, Ihr tragt seit einiger Zeit in dem deutsch-dänischen Dialog, der unsere Landschaft an sich bereichert und attraktiv macht, einen aggressiven Ton vor, der unseren guten Beziehungen zueinander schadet. Damit solltet Ihr aufhören! Ich glaube auch nicht, daß die Mehrheit der SSW-Anhänger das gut findet. Es geht doch nicht mehr um die Verlegung der Grenze; diesen Eindruck erweckt Ihr doch gegen besseres Wissen! Es geht nur darum, daß wir friedlich und in guter Nachbarschaft miteinander dieses Land bewohnen. Wenn Ihr wirklich so

demokratisch seid, wie Ihr es sein wollt, dann müßt Ihr auch in der Grenzfrage endlich einmal den mehrheitlichen Volkswillen und die tatsächliche Volkszugehörigkeit bestimmend sein lassen und nicht historische Reminiszenzen an Zeiten der Fürstenherrschaft, zumal sich aus unserer verzwickten Landesgeschichte sowieso fast alles „beweisen“ läßt. Gegen solche Töne wehre ich mich. Aber ich bin nicht dagegen, daß es Dänen in unserem Lande gibt. Sie sollen hier volles Lebensrecht haben. Dafür will ich mich jederzeit einsetzen. — Und das ist auch die Auffassung des Grenzfriedensbundes. Man kann das schon am Namen dieser Organisation erkennen; und in diesem Falle steht hinter dem Namen ein dazu passendes und ernstgemeintes Programm.

*Mit freundlichen Grüßen
Artur Thomsen*

Der Schleswigholsteiner Uwe Jens Lornsens 1793—1838

Ein kleines Meisterwerk deutscher politischer Publizistik nennt Professor Alexander Scharff Uwe Jens Lornsens Flugschrift „Über das Verfassungswerk in Schleswigholstein“, die im Jahre 1830, also vor nunmehr 150 Jahren, erschienen ist. Aus Anlaß des diesjährigen Schleswig-Holstein-Tages wurde ein Nachdruck der Originalschrift von der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte neu herausgegeben und das erste Exemplar während einer Feierstunde in Halstenbek dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg überreicht. Dieser Nachdruck liegt diesem Grenzfriedensheft bei.

Lornsens Flugschrift erinnert an den Beginn der Auseinandersetzung um die nationale und staatsrechtliche Zugehörigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein zu Deutschland oder Dänemark. Es heißt dazu in Lornsens Flugschrift: „Als eine unmittelbare Folge dieser neuern Ordnung der Dinge, würde sich die gänzliche Trennung der Herzogthümer von dem Königreiche Dänemark in administrativer Hinsicht ergeben. Zwar haben die Dänen seit Jahren ein Bestreben an den Tag gelegt, uns mit sich zu einem Volke zu verschmelzen, und selbst in den neuesten Zeiten, in welchen bei den Deutschen das Volksgefühl kräftiger wie je sich kund gethan, hat man sich nicht entsehen, uns auf unser Sträuben zuzurufen, wir mögten uns doch freuen, lieber ethwas, nemlich Dänen, als nichts, nemlich Deutsche, zu seyn.“

Die staats- und verfassungsrechtlichen Vorstellungen Uwe Jens Lornsens sind nie Wirklichkeit geworden. Die schleswig-holsteinische Erhebung 1848 war vergeblich; das Ergebnis des Krieges 1864 gegen Dänemark war die Eingliederung Schleswig-Holsteins als Provinz in das Königreich Preußen; der verlorene Erste Weltkrieg mit der Volksabstimmung 1920 brachte die Teilung Schleswigs; erst der militärische Zusammenbruch Hitlerdeutschlands ließ Schleswig-Holstein zu einem eigenständigen Land der Bundesrepublik Deutschland werden — eine Entwicklung sicher im Sinne Uwe Jens Lornsens, aber unter anderen Prämissen als denen des Jahres 1830.

Christian Paulsen, den første Sønderjyde 1798—1856

„Unter den ehemaligen deutschen Burschenschaftern und jüngeren Liberalen in Kiel gab es einen, der Lornsens Forderungen nachdrücklich zurückwies — allerdings erst, nachdem er Lornsens Schrift, die am 5. November 1830 erschien, gelesen hatte.“

So Johann Runge, der Leiter der Studiefdeling der Dansk Centralbibliotek in Flensburg. In einem Vortrag, der in diesem Frühjahr vor der Flensburger Donnerstag-Gesellschaft gehalten wurde, befaßt sich Runge, dessen Studien besonders Christian Paulsen gelten, auch mit der deutsch-nationalen Rolle Uwe Jens Lornsens und schildert Christian Paulsen als den dänisch-nationalen

Gegenpol und Widerpart von Lornsen.

Wir glauben, daß die Kenntnis der damaligen nationalen Auffassungen auch für uns heutige von Nutzen sein kann, und bringen den Vortrag darum in seinen wesentlichen Teilen im Wortlaut.

E. B.

Gegenpole: Uwe Jens Lornsen und Christian Paulsen

Die Herausforderung: Uwe Jens Lornsen 1830

Als der Kanzleirat Uwe Jens Lornsen am 19. Oktober 1830, von Kopenhagen kommend, in Kiel eintraf, war er auf dem Weg nach Sylt; er war auf eigenen Wunsch vom dänischen König zum Landvogt seiner Heimatinsel ernannt worden und sollte nun sein neues Amt antreten.

1830 war das Jahr der Juli-Revolution, in der die Pariser den reaktionären Bourbonen Karl X. gestürzt und Louis-Philippe von Orleans (den Bürgerkönig) auf den Thron gesetzt hatten. Auch Deutschland war von den Revolutionsunruhen ergriffen worden: in Braunschweig hatte man den despotischen Herzog Karl II. abgesetzt, in Kurhessen gab es eine Bauernrevolte, Unruhen gab es in Frankfurt und in Sachsen, in Berlin stellte die Polizei die Ordnung wieder her, indem sie über 200 Menschen niedersäbelte. Aufruhr gab es auch in Mecklenburg und in Hamburg.

Überall in deutschen Landen konnte man auf die bereits 1815 in Wien gegebene Deutsche Bundesakte verweisen, ihr Artikel 13 sicherte nämlich allen deutschen Staaten eine landständische Verfassung zu, und man konnte sich auf den Artikel 54 der Wiener Schlußakte von 1820 berufen, er machte die Aufrechterhaltung der Landesverfassungen zu einer bundesrechtlichen Pflicht der Landesherrn.

Die bundesweiten Unruhen hatten auch die Bundesversammlung in Frankfurt am Main beschäftigt, — und am 23. September 1830 erhielt die Kopenhagener Regierung von ihrem Gesandten in Frankfurt, der die beiden Herzogtümer *Holstein* und *Lauenburg* vertrat, eine Depesche, in der Dänemark aufgefordert wurde, den Artikel 13 der Bundesakte zur Ausführung zu bringen, da dies unter den „obwaltenden Zuständen“ erforderlich sei.

Da das Herzogtum *Schleswig* nicht zum Deutschen Bund gehörte, lag es natürlich außerhalb der Zuständigkeit des Bundestags in Frankfurt.

Am 23. Oktober berichtete der dänische Gesandte in Frankfurt erneut nach Kopenhagen, er teilte nun mit, daß Preußen und Hannover im Bundestag offiziell die Forderung gestellt hätten, daß der Artikel 13 erfüllt werden müsse. Damit waren in Kopenhagen die Weichen gestellt: Seit Ende Oktober 1830 wußte man in Kopenhagen, daß man den deutschen Herzogtümern Holstein und Lauenburg eine landständische Verfassung geben mußte.

Man wußte, daß man das Verfassungsproblem nicht länger ungelöst vor sich hinschieben konnte. Die nachfolgenden Ereignisse um Lornsen haben diesen Prozeß der Verfassungsgebung nur verzögert, denn man wollte in Kopenhagen

verhindern, daß der Eindruck sich verbreite, man habe aus Angst vor den Unruhen in Kiel gehandelt; man wollte den Schein der Freiwilligkeit wahren.

*

Das revolutionäre Geschehen in Frankreich und in Deutschland hatte auch in Kiel einige, d. h. etwa zwölf jüngere Juristen und Professoren politisch aktiviert; sie erinnerten sich erneut der Freiheitsidee ihrer Burschenschaftszeit und diskutierten das Verfassungsproblem. Zu dieser Gruppe, es waren überwiegend Freunde und Bekannte aus der gemeinsamen Studienzeit, stieß Lornsen, als er nach Kiel kam. Und er wurde über Nacht zur führenden Person der Kieler Verfassungsbewegung — neben Theodor Olshausen.

Lornsen sah die Zeit gekommen, in der ein Petitionssturm das morsche System des dänischen Absolutismus hinwegfegen sollte: Unmengen von Petitionen oder Petitionen mit Unmengen von Unterschriften sollten — unter Umgehung des Instanzenweges über die Unterbehörden — direkt an den König gesandt werden, um eine Verfassung für das Herzogtum Schleswig-Holstein zu „erbitten“.

Wahrscheinlich stand der Gedanke an eine Kieler Massenpetition am Anfang des Plans. Lornsen wollte im Herzogtum Schleswig Teilnehmer für diese Petition werben. Auf der ersten Station seiner Propagandareise, in Flensburg, wurde er aber bereits abgewiesen. Der als liberal bekannte Polizeimeister (heute etwa Polizeipräsident) J. G. Kraus setzte ihn vor die Tür; die zehn Handelsherren, mit denen Lornsen am folgenden Vormittag in der „Harmonie“ verhandelte, waren zunächst etwas unsicher — lehnten dann aber doch ab, mit Kiel gemeinsame Sache zu machen. Lornsen verzichtete daraufhin auf ein weiteres Werben für die Kieler Massenpetition und kehrte nach Kiel zurück, wo er nun seine berühmte Schrift verfaßte, die eine Aufforderung zum Petitionieren enthielt und einen Petitionssturm im ganzen Lande entfachen sollte; denn jetzt war ihm wohl aufgegangen, daß höchstens Petitionsmassen, d. h. Petitionen, die von den einzelnen Ortschaften aus eingesandt wurden, zu erreichen waren. Theodor Olshausen und August Daniel v. Binzer hielten dagegen weiterhin an dem Gedanken der Kieler Massenpetition fest.

Lornsens politische Programmschrift „Über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“, die übrigens 1980 neu aufgelegt worden ist,¹ ist in einer sehr klaren Sprache geschrieben; das Verfassungsproblem ist sehr, sehr stark vereinfacht, um nicht zu sagen versimpelt. Über die revolutionäre Zielsetzung des Verfassers kann überhaupt kein Zweifel bestehen: Lornsen unterstreicht zu Recht, daß Holstein ein Anrecht auf eine Verfassung hat, und fügt diesem hinzu, „da es aber für einen Schleswig-Holsteiner schlechthin undenkbar ist, daß man Schleswig von Holstein trennt, müssen beide Herzogtümer eine gemeinsame Verfassung bekommen“. Das ist plump argumentiert, vor allem, wenn man bedenkt, daß es damals höchstens zwei Dutzend Schleswig-Holsteiner im Sinne Lornsens gab, und

wenn man die rechtlichen und nationalen Verhältnisse im deutsch-dänischen Gesamtstaat berücksichtigt.

Lornsen fordert die Verlegung der Regierungskollegien von Kopenhagen nach den Herzogtümern, er fordert die Trennung von Verwaltung und Justiz sowie die Bildung eines obersten Staatsrats und eines obersten Gerichtshofs für beide Herzogtümer. Er verlangt die Auflösung des bestehenden deutsch-dänischen Gesamtstaats und dessen Umwandlung in einen konstitutionellen Doppelstaat Schleswig-Holstein-Dänemark, der nur durch das lose Band einer Personalunion (und unterschiedlicher Erbfolge!) zusammengehalten wird.

Diese Stellung Schleswig-Holsteins als ein selbständiger Staat neben dem Königreich Dänemark öffnete Lornsen die herrlichste Aussicht auf ein Schleswig-Holstein, das eine der blühendsten Provinzen Deutschlands werden konnte. Lornsens Ziel war revolutionär, es bedeutete die vollständige verfassungsmäßige Umwandlung der dänischen Gesamtmonarchie. Revolutionär war aber auch die Art seines Vorgehens; indem Lornsen sich an die Untertanen und nicht an den König wandte, sich als Beamter außerhalb seiner Zuständigkeit bewegte und nicht den Standpunkt seines obersten „Dienstherrn“ vertrat, sondern diesen in einer wirtschaftlich schwierigen und revolutionären Zeit unter Druck setzte, um politische Ziele zu erzwingen, brach er mit allen Traditionen, Untertanenpflichten und den besonderen Treuepflichten des hohen Staatsbeamten.

*

Unter den ehemaligen deutschen Burschenschaffern und jüngeren Liberalen in Kiel gab es einen, der Lornsens Forderungen nachdrücklich zurückwies — allerdings erst, nachdem er Lornsens Schrift, die am 5. Nov. 1830 erschien, gelesen hatte.

Lornsen hatte um diesen Liberalen, den er 1829 in Kopenhagen kennengelernt hatte, geworben. Nach Lornsens erstem Besuch war Dr. jur. Christian Paulsen, Professor für schleswig-holsteinisches und dänisches Recht und für Rechtsgeschichte an der Kieler Universität, von Lornsens Verfassungsplänen eingenommen, denn auch ihm „schwebte das schöne Ideal (der Freiheit) in lieblichem Glanz“ vor Augen, obgleich ihm der Zeitpunkt für Petitionen sofort unpassend schien. Doch nachdem Lornsens „berühmte“ Schrift erschienen war, ging Paulsen zu Lornsen, um ihn zu fragen, ob nicht Gewaltanwendung als letztes Mittel zur Durchsetzung der Verfassungswünsche von ihm eingeplant sei. Lornsen bestätigte diese Vermutung. Paulsen lehnte solch ein Vorgehen ab. Dann trug er den entscheidenden Einwand vor, der das zentrale Problem der Verfassungsfrage im deutsch-dänischen Gesamtstaat anschnitt und das Lornsen und die anderen Schleswig-Holsteiner schon seit Dahlmanns Zeiten beiseite geschoben oder durch deutsche und schleswig-holsteinische Bekenntnisse übertönt hatten: Paulsen

machte Lornsen darauf aufmerksam, daß er die unterschiedlichen Verhältnisse Holsteins und Schleswigs überhaupt nicht beachtet hätte, und daß der König von Dänemark Schleswig niemals die völlige Trennung von Dänemark und Verschmelzung mit Holstein zugestehen könnte. Ein mit „häßlicher Leidenschaft“ vorgebrachtes „Alte geschichtliche Verhältnisse gehen uns nichts an, wir wollen es nun so, jede Zeit soll sich ihren Zustand bilden, ich setze alles daran“ war Lornsens Antwort; sie erinnerte Paulsen an die Französische Revolution von 1789, zutiefst erschüttert wandte er sich von Lornsen und dessen Verfassungsplänen ab.

Evolution — und keine Herausforderung

Paulsen begnügte sich nicht mit einer privaten Absage an Lornsen; er vertraute seine Antwort auf die Herausforderung, die Lornsen für ihn darstellte, nicht nur seinem Tagebuch an, sondern antwortete auch öffentlich. Im Sommersemester 1831 hielt er zum ersten Mal seine „Vorlesung über das Vaterländische Staatsrecht“, und in den letzten Januartagen des Jahres 1832 erschien seine Schrift „Ueber Volksthümlichkeit und Staatsrecht des Herzogthums Schleswig“. Mit dieser Vorlesung und mit dieser Schrift begann Paulsen seinen Kampf für die Erhaltung und die Förderung des deutsch-dänischen Gesamtstaates und für die Gleichberechtigung der dänischen Sprache, des Südjütischen, und damit auch des dänischen Volkstums in Nord- und Mittelschleswig mit dem deutschen Volkstum. Aber er begann noch keineswegs den Nationalitätenkampf.

Paulsen reagierte auf den Revolutionär und den Schleswigholsteiner Lornsen; er wollte einer „übertriebenen Deutschheit“, die Schleswig aus der Verbindung mit Dänemark zu reißen suchte, entgegentreten.

Bei den folgenden Überlegungen ist stets zu berücksichtigen, daß sowohl für die Schleswig-Holsteiner als auch für Chr. Paulsen das überlieferte „historische Recht“ eine entscheidende Rolle spielte. Die Schleswig-Holsteiner gingen vom „guten alten Recht“ aus, sie interpretierten die alten Standesrechte der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft um in Landesrechte: aus den Standesprivilegien von 1460 waren für sie die Landesrechte der Gegenwart geworden. Chr. Paulsen dagegen ging vom dynastischen Erbrecht aus und von der Lehnseigenschaft des Herzogtums Schleswig. Beide Seiten glaubten, daß ihr Rechtsstandpunkt der wissenschaftlich allein haltbare sei.

Gegen den Revolutionär Lornsen vertrat Paulsen die These von der Evolution. Dänemark war nach seiner Erfahrung ein Land, in dem der König und die Regierung die Rechte und das Eigentum der Bürger respektierten, dieses und vor allem die Ende des 18. Jahrhunderts durchgeführten Agrarreformen und die Aufhebung der Leibeigenschaft zeigten, daß die Entwicklung des dänischen absolutistischen Staates zu einem Staat mit einer freieren Verfassung durchaus

gegeben sei. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte — er dachte dabei vor allem an die Französische Revolution von 1789, die ganz Europa in Krieg und Umwälzung gestürzt hatte — hatten bewiesen, daß es leichter war, ein Staatsgebäude einzureißen, als es dauerhaft wieder aufzubauen. Paulsen wünschte eine freie Verfassung, aber er war gegen menschliche Eingriffe in die von Gott vorherbestimmte Entwicklung des Menschen und der Staaten zu immer größerer Vollkommenheit. Die Kontinuität des ewigen Fortschritts erforderte, daß jeder willkürliche Eingriff verbannt wurde. Eine höhere Entwicklungsstufe der Menschen würde automatisch eine höhere Entwicklungsstufe des Staates, eine freiere Staatsverfassung nach sich ziehen. Wie überhaupt jede Gesetzgebung, so konnte auch die Reform der Staatsverfassung nur der Ausdruck und das Bewußtwerden einer bereits vollzogenen höheren Entwicklungsstufe sein, wie sie im Gesamtwillen eines Volkes zum Ausdruck kam — und nicht in den revolutionären, ideellen Vorstellungen einzelner.

Der Staat war dem Menschen von Gott als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung seiner irdischen Bestimmung, der Entwicklung zu einem vollkommenen Vernunftswesen, gegeben. Jede Gewaltanwendung würde aber gerade den Rechtszustand und die Rechtssicherheit, die die grundlegende Voraussetzung für die geistige und sittliche Entwicklung des Menschen sind, bedrohen — oder gar zerstören, und so dem Staat seinen von Gott gegebenen Sinn nehmen.

Paulsen mußte deshalb Lornsens Vorgehen in der Verfassungsangelegenheit und dessen Bereitschaft zur Gewaltanwendung als revolutionär und sinnwidrig ablehnen.

Diese Bereitschaft zur Gewaltanwendung bewies ihm darüber hinaus, daß es Lornsen am notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung fehlen mußte, und die fehlende Gefolgschaft war für Paulsen ein eindeutiges Indiz für die „Idealität“ der Lornsenschen Verfassungsvorstellungen; daß Lornsen keine breite Anhängerschaft gewann, war ein Zeichen dafür, daß die geistige und politische Bildung der großen Mehrzahl der Untertanen im deutsch-dänischen Gesamtstaat nicht Lornsens Verfassungsforderungen entsprach. Damit wäre aber eine Verwirklichung dieser Verfassungsforderungen einem willkürlichen Eingriff in den durch die göttliche Vorsehung bestimmten Verlauf der Geschichte gleichzusetzen gewesen. Auch aus diesem Grunde mußte Paulsen sich gegen Lornsen entscheiden.

Schleswigs Staatsrecht

Paulsen wandte sich ebenfalls gegen den deutschen Schleswigholsteiner Lornsen, der nicht alle charakteristischen Verhältnisse des Vaterlandes beachtet hätte. Er hob hervor, daß in fast keiner der vielen (der ca. 40) Schriften, die durch Lornsen angeregt worden waren, auch nur ein Wort über das besondere

Staatsrecht des Herzogtums Schleswig gestanden hätte, oder der von Holstein abweichenden „Volkstümlichkeit“ Schlesiws gedacht worden sei. Im Gegenteil, Lornsen hatte von Schleswigholstein als einer Provinz Deutschlands geschrieben. Man hatte so getan, als ob Schleswig nur die eine Hälfte des deutschen Holsteins sei und keinerlei Verbindung mit Dänemark hätte. Ja, man tat so, als gäbe es für Schleswig nur die eine deutsche Freiheit, von der man selbst während der Studienzeit begeistert worden sei.

Ein besonderes Staatsrecht und eine andere „Volkstümlichkeit“ hob Paulsen als die Schleswig und Holstein trennenden Faktoren hervor. Er verkannte keineswegs, daß die für Schleswig und Holstein gemeinsame Kirchenordnung, Gerichtsverfassung und Staatsverwaltung, die besseren Steuer- und Gewerbebedingungen in den Herzogtümern und deren gutausgebildete Kommunalverfassung, die in Dänemark ganz fehle, Schleswig vom dänischen Königreich trenne und mit dem deutschen Herzogtum verbände.

Für den Juristen und Staatsrechtler war es aber entscheidender, daß Schleswig immer noch ein dänisches Reichslehen war, und daß die Bindung dieses Herzogtums an das Königreich deshalb enger war als z. B. von Nicolaus Falck interpretiert, der das selbständige Schleswig — wie Holstein — nur durch den gemeinsamen Herrscher mit Dänemark verbunden sah.

Für Paulsen folgte aus dem Lehnverhältnis zum Königreich, daß das Herzogtum Schleswig wenigstens ein mittelbarer Teil des dänischen Reiches sei — und deshalb wieder an die Krone zurückfallen könnte. Während Falck lehrte, daß Schlesiws Lehnqualität 1658 (Friede von Roskilde und Folgeverhandlungen) aufgehoben worden sei, unterstrich Paulsen, daß alle Belehnungen der holsteinischen Grafen, der schleswigschen Herzoge aus dem Hause Abels oder der Gottorfer niemals Schlesiws Grundbeschaffenheit als Lehen verändert hätten. Die wechselnden Machtverhältnisse hätten nur wechselnde Lehnspflichten und 1658 sogar den Fortfall der Lehnspflicht für die Herzoge zur Folge gehabt, und die Machtstellung der Gottorfer hätte verhindert, daß die LEX REGIA von 1665, „Das Königsgesetz“, die Verfassung des dänischen Absolutismus, im Herzogtum Schleswig eingeführt worden sei. Und es wäre zweifelhaft, ob die weibliche Erbfolge des Königsgesetzes in allen Teilen Schlesiws gelte.

Die wichtige Folgerung aus diesen staatsrechtlichen Überlegungen war, daß Schleswig immer „auf die eine oder andre Art“ mit Dänemark verbunden bliebe, und daher müßte es im dänischen Staatsinteresse liegen, daß alles weggeräumt werde, was Schlesiwer und Dänen mehr als notwendig trenne.

Die dänische „Volksthümlichkeit“ in Schleswig

Der andere wesentliche, Schleswig und Holstein unterscheidende Faktor war das dänische „Volksthum“ Schlesiws.

Paulsen stellte fest, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung Schlesiens dänisch — sonderjysk — sprach, daß aber nur ein knappes Drittel der Bewohner des Herzogtums dänische Kirchen- und Schulsprache, und daß ganz Schleswig deutsche Gerichts- und Verwaltungssprache hatte. Die gesamte höhere Bildung war rein Deutsch.

Deutsch war die Sprache der Oberklasse, dänisch die des Volkes — und jeder, der sich bildete und dadurch sozial aufstieg, wechselte seine Sprache. Das war ein unnatürlicher Zustand, denn es war die Aufgabe des Gebildeten und der Gelehrten, die Muttersprache weiterzuentwickeln und zu veredeln, und es war ihre Aufgabe, das Volk zu erziehen, es zu leiten und zu belehren, es geistig und moralisch zu vervollkommen.

Aber wenn der Gebildete die Sprache wechseln mußte, wie in Schleswig, dann entfremdete er sich seinem Volke, das durch diesen Verlust seiner gebildeten Söhne immer weiter in Unbildung absank (— sich im Gegensatz zum göttlichen Schöpfungsplan verhielt).

Die Sprache eines Volkes ist nach Chr. Paulsen der Ausdruck des Volkslebens; das geistige Leben eines Volkes wird in sprachlicher Gestalt — in Sagen, Märgen, Liedern, Orts- und Flurnamen — weitervermittelt und überliefert. Ein Volk, das, wie in Schleswig, seine Sprache aufgibt, verliert sich selbst, es vergißt seine Geschichte und verliert seine Identität, es wird sich selbst fremd und lebt in einer nichtssagenden Umwelt.

Aber, hob Paulsen hervor, je tiefer die Deutschen für ihre Kultur und Sprache, für ihr Volkstum fühlen, desto größer wird auch das Recht der Südjüten auf Anerkennung ihres Volkstums. Hier erkannte Paulsen ein natürliches Recht, das zugleich ein Recht der Gegenwart war. Die dänische Sprache der Schleswiger/Südjüten bewies, daß sie Dänen und keine Deutschen waren — und deshalb war es berechtigt und eine Forderung der politischen Notwendigkeit, die Verbindung Schlesiens mit Dänemark zu pflegen.

Die philosophischen Überlegungen ergänzte Paulsen noch durch einige Beispiele, die zeigten, daß es nicht nur ungerecht war, der Bevölkerung des Landes die fremde Sprache einer kleinen Oberklasse aufzuzwingen, sondern daß der Gebrauch dieser Fremdsprache auch unpraktisch war, da er den Geschäftsgang der Gerichte und der Verwaltung behinderte. Auch aus diesen Gründen mußten die bestehenden Sprachverhältnisse geändert werden. Er schlug u. a. vor:

In ganz Nordschleswig, das dänische Kirchen- und Schulsprache hatte, sollte auch die Gerichts- und Verwaltungssprache dänisch sein. (Das geschah dann 1840).

Im Gebiet mit überwiegend dänischer Umgangssprache, aber deutscher Kirchen- und Schulsprache sollte Dänischunterricht — neben der deutschen Unterrichtssprache — eingeführt werden. Diesem Unterricht konnte dann später einmal die Einführung des Dänischen in Kirche und Verwaltung folgen. Das von

diesem Vorschlag betroffene Gebiet war ein etwa zwölf Kilometer breiter Gürtel südlich der heutigen deutsch-dänischen Staatsgrenze, es reichte von der Geltinger Bucht (Steinberg) im Osten bis Klixbüll im Westen. In den beiden dänischsprachigen Gemeinden Bov und Handewitt, die deutsche Kirchensprache hatten, sollte abwechselnd auf deutsch und dänisch gepredigt werden.

Die Bürgerschulen der nordschleswigschen Städte sollten dänische Unterrichtssprache erhalten, die begabteren Kinder aber weiterhin auch Deutschunterricht bekommen. Die Gelehrtenschule in Hadersleben sollte ihre deutsche Unterrichtssprache behalten.

Das waren sehr zurückhaltende Forderungen, und sie sind damals auch nicht angegriffen worden — aber man hat sie auch kaum diskutiert und schon gar nicht erfüllt.

Die Verfassungsfrage

Der Anlaß für Paulsens Schrift war die schleswig-holsteinische Forderung nach gemeinsamer Verfassung und gemeinsamen Ständeversammlungen für die Herzogtümer Schleswig und Holstein gewesen. Paulsen griff auch dieses Problem auf, obwohl es bereits im Laufe des Frühjahrs 1831 durch zwei königliche Verordnungen in seinem Sinne gelöst worden war: es war bestimmt worden, daß Schleswig und Holstein getrennte Ständeversammlungen bekommen und daß Jylland (in Viborg) und die dänischen Inseln (in Roskilde) ebenfalls Ständeversammlungen erhalten sollten. Die Verfassungsfrage war für Kopenhagen ja kein holsteinisches, sondern ein gesamtstaatliches Problem, das hatte der königlich-dänische Kanzleirat Lornsen natürlich verschwiegen — oder nicht sehen wollen. Paulsen wies nach, daß es ein „historisches Recht“ für getrennte schleswigsche Landtage gab.

Die Schleswig-Holsteiner verwiesen auf 1460, auf das Privileg von Ripen, wenn sie das Recht der Herzogtümer auf Gemeinsamkeit begründen wollten, denn in diesem Brief hatte Dahlmann das berühmte „up ewig ungedeelt“ gefunden. Paulsen verwies auf dasselbe Vertragssystem: er zog die „Tapfere Verbesserung“ des Ripener Briefes heran, die Christian I. im April 1460 nach der Huldigung durch die Ritterschaft in Kiel gegeben hatte; denn in diesem Brief garantierte der neue Landesherr das Recht der besonderen Landtage für Schleswig und für Holstein. Spätere gemeinsam abgehaltene Landtage beruhen nach Paulsen nicht auf brieflich zugesicherten Rechten und deshalb nicht rechtens. Das war juristische Spitzfindigkeit, mit der man im 19. Jahrhundert viel Zeit vergeudetete, um das richtige „alte Recht“ zu finden. Von größerer Bedeutung war dagegen, daß Paulsen die Verfassungsfrage mit der „nationalen“ Frage verknüpfte; er betonte, daß die Gleichberechtigung des deutschen und dänischen Volkstums nur in einer von Holstein getrennten Ständeversammlung für Schleswig zu verwirklichen sei,

obwohl die Deutschen auch hier aufgrund ihrer Bildung und sozialen Stellung ein ihnen nicht zukommendes Übergewicht bekämen.

Die enge staatsrechtliche Bindung des Herzogtums Schleswig an das Königreich Dänemark und das Dänentum der dänischsprachigen Schleswiger waren die großen Themen der Paulsenschen Schrift „Ueber Volksthümlichkeit und Staatsrecht des Herzogthums Schleswig“.

Sowohl das Staatsrecht des dänischen Herzogtums als auch das Dänentum der Mehrzahl der Schleswiger motivierten nach Paulsen eine enge Bindung Schleswigs an Dänemark. Das historische Recht, die neuen königlichen Verordnungen und die Volkstumsverhältnisse Schleswigs forderten eine selbständige Ständeversammlung für das Herzogtum Schleswig.

Die Erneuerung des Gesamtstaats

Wir, die beim Durchdenken dieses Problemkomplexes wie selbstverständlich von der Idee der nationalen Selbstbestimmung ausgehen, erwarten jetzt, daß Paulsen aus allen seinen Überlegungen die Folgerung zog, die Teilung Schleswigs zu fordern — das war aber im Jahre 1830/31 ein so fremder und rechtswidriger Gedanke, daß er von einem Staatsrechtler überhaupt nicht erwogen werden konnte, oder daß Paulsen wenigstens die Errichtung eines „Eiderstaates“, vorschlug, mit dem Holstein dann nur lose durch das Band der Personalunion verbunden war.

Doch auch diese Erwartung wird enttäuscht, weil sie von einer verkehrten Deutung des Paulsenschen Begriffs „Volksthümlichkeit“ ausgeht, der eben nicht dem modernen Begriff „Nation“ gleichgesetzt werden darf.

Paulsen sah, daß es in Europa eine ganze Reihe von „Vielvölkerstaaten“ gab, das hieß für ihn, daß Völker nicht staatsbildend waren. Ein Volk, das er als Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft definierte, war innerhalb eines Staatsverbandes mit den anderen Völkern dieser Staatsgemeinschaft gleichberechtigt oder sollte es jedenfalls sein. Ein Volk hatte kulturelle, aber es hatte keine politischen Rechte, die hatte dagegen jeder Angehörige eines Volkes als Staatsbürger. Die Grenzen eines Staates und sein innerer Aufbau wurden durch das dynastische Erbrecht, den von den Herrschern gegebenen Privilegien, den Verträgen der Fürsten untereinander und durch die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse bestimmt. Paulsen sah also den Staat überwiegend als „(Privat)Eigentum“ der fürstlichen Familien an, und damit konnte der Staat nach seiner Ansicht auch nicht den Wünschen der Untertanen unterworfen sein, diese konnten nicht einmal über ihre eigene Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem bestimmten Staat entscheiden. Paulsen vertrat den überlieferten Staatsbegriff des Absolutismus — der natürlich in Spannung zu seinen liberalen Vorstellungen stand; doch hier fehlte Paulsen noch das Problembewußtsein.

Deshalb war Paulsens Ziel auch die innere Erneuerung des bestehenden deutschdänischen Gesamtstaates. Für Paulsen waren deutsche Sprache und dänisches Vaterlandsbewußtsein keine Gegensätze; der gute Patriot sollte nach seiner Ansicht beide Sprachen der dänischen Gesamtmonarchie beherrschen; dem Zusammenhalt des Gesamtstaates wollte Paulsen durch die Ausbildung eines gemeinsamen Rechtswesens, durch die Schaffung einer Zoll- und Münzeinheit sowie durch die stufenweise Modernisierung der Kommunal- und Staatsverfassung neues Leben einhauchen.

Dem Herzogtum Schleswig wuchs in diesem Staate durch sein Staatsrecht und durch die Doppelsprachigkeit seiner Bewohner eine besondere Aufgabe zu: Da Schleswig dem Herzogtum Holstein und dem Königreich Dänemark verwandter war, als diese es untereinander waren, stellte es sich als staatsrechtliches, kulturelles und politisches Bindeglied ihrer Vereinigung dar. In dieser Aufgabe, Holstein und Dänemark miteinander zu verbinden, sah Paulsen 1830/31 den eigentlichen Sinn der Geschichte Schleswigs.

„Den første Sønderjyde“

Christian Paulsen

1798—1854

Der Flensburger Paul Detlef Christian Paulsen entstammte einer sehr reichen deutschsprachigen Kaufmannsfamilie. Die Paulsens waren 1656 aus Mariengaard/Lutzhöft nach Flensburg eingewandert und gehörten seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts zum Patriziat der Fördestadt. Christentum, Pflichterfüllung, Gesamtstaatspatriotismus und Anhänglichkeit an das dänische Königshaus waren die tragenden Vierte, die der junge Paulsen, der früh seinen Vater verloren hatte, durch die Erziehung seiner Mutter vermittelt bekam. Ihre Familie war um 1707 von Lüneburg über Plön nach Flensburg gekommen. Chr. Paulsens deutsche Schulbildung

(Schnepfenthal/Thüringen) und das Studium in Göttingen, Berlin, Heidelberg und Kiel vermochten diese vaterländische Gesinnung nicht zu schwächen oder gar mit deutschem Inhalt zu erfüllen. Schon während seiner Schulzeit in Deutschland entwickelte Paulsen eine besondere Vorliebe für alles Dänische, das ihm all das verkörperte, was er mit Heimat, Vaterland und Zukunftsstreben verband, In Göttingen (1816-1818) begeisterte der Student sich für die neuen nationalen und liberalen Ideale. Bei der Teilnahme am Wartburgfest im Oktober 1817 erlebte er die Freiheits- und Einheitsbegeisterung der deutschen studentischen Jugend. Er war Mitglied der deutschen Burschenschaft, und unter dem Einfluß ihrer politischen Vorstellungen entschloß er sich, sein Leben und seine ganze Arbeitskraft einem neuen

konstitutionellen Dänemark zu weihen. In diesem zukünftigen Staat sollten freiheitliche Verfassung und starke Königsmacht miteinander verknüpft werden. In Kiel lernte er nach 1819 Chr. Fr. Dahlmanns schleswig-holsteinischen Gedanken kennen. Paulsen übertrug dessen Idee von der Einheit Deutschlands durch die Deutschheit und von der Bruderschaft zwischen Holsteinern und Schleswigern auf das Verhältnis Schlesiwijs zu Dänemark: Schleswiger und Dänen waren durch ihr gemeinsames Dänentum Brüder eines Volkes, deshalb sollte Schleswig durch eine liberale Verfassung als „Sønderjylland“ wieder mit Dänemark vereint werden.

Nach Abschluß seines Rechtsstudiums in Kiel und der Habilitation in Kopenhagen wurde er 1825 Professor für dänisches und schleswig-holsteinisches Recht und nordische Rechtsgeschichte in Kiel. Die Ergebnisse seiner umfangreichen rechtshistorischen Forschungen ließen ihn nach 1825 zu einem liberalen Gesamtstaatler werden, für den die Erhaltung der bestehenden Rechtsordnung und deren organische Weiterentwicklung zu einer freieren Verfassung innerhalb des Rahmens des überlieferten deutsch-dänischen Gesamtstaates eine entscheidende Voraussetzung für die geistige und politische Entfaltung eines jeden Staatsbürgers war. Da Paulsen vom Staat als einer Rechtsordnung, die die moralische Entwicklung aller

Staatsbürger garantieren sollte, und den allen Bürgern gesicherten gleichen kulturellen Rechten ausging, kannte er keine nationalen Gegensätze. Seine sprach- und rechtshistorischen Untersuchungen zeigten ihm, daß die Schleswiger zum dänischen Volk gehörten, und daß das Herzogtum Schleswig als altes dänisches Lehen ein untrennbarer Teil des dänischen Reiches war. Er erkannte aber auch, daß Schleswig/Sønderjylland sowohl sprachlich als auch kulturell im Laufe der letzten Jahrhunderte ein Übergangsland zwischen Deutsch und Dänisch geworden war. Den deutschsprachigen Schleswigern und den dänischsprachigen Südjüten wies er deshalb die Aufgabe zu, zwischen den Deutschen und den Dänen des Gesamtstaates zu vermitteln, um so die Erhaltung dieses Vielvölkerstaates zu ermöglichen, dessen territorialer Bestand aus Gründen des dynastischen Erbrechts nicht verändert werden durfte.

Das Revolutionsjahr 1830 konnte diese gesamtstaatliche Vorstellungswelt nicht erschüttern. Der Gegensatz Revolution und Erhalt der staatlichen Rechtsordnung erschien ihm in der Pariser Julirevolution durch ihren schnellen Verlauf glücklich gelöst worden zu sein. Als sich in Kiel revolutionäre Tendenzen ausbreiteten, entschied Paulsen sich für die Erhaltung des bestehenden Staates. Der Gesamtstaat sollte durch Reformen organisch zum liberalen

Verfassungsstaat weiter- entwickelt werden — und nicht durch theoretische, unhistorische Idealvorstellungen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht werden. Der liberale Gesamtstaatler Paulsen wandte sich gegen den „schleswig-holsteinischen“ Liberalen U. J. Lornsen. Er vertrat seinen Standpunkt in der Abhandlung „Ueber Volksthümlichkeit und Staatsrecht des Herzogthums Schleswig ...“, die Ende Januar 1832 erschien. Sie bildete den Auftakt zu einer langen Reihe von kleineren Arbeiten und Artikeln, die der Verteidigung der dänischen Sprache in Schleswig und der staatsrechtlichen Bindung des Herzogtums an das Königreich dienten. Die Auseinandersetzung ging vor allem um die Einführung der dänischen Rechts- und Verwaltungssprache in Nordschleswig, wo die dänisch- (d. h. südjütisch-) sprachige Bevölkerung schon seit Jahrhunderten von ihrer Obrigkeit auf deutsch regiert wurde, und wo die Sprache vor Gericht ebenfalls seit Generationen deutsch war. Und es ging um Dänischunterricht in den gemischtsprachigen Gebieten Mittelschleswigs. Diese Reformvorschläge stießen bei der deutschen Oberschicht des Herzogtums auf wenig Gegenliebe und wurden von den Beamten und Juristen mit passivem Widerstand beantwortet. Erst 1840 erhielt Nordschleswig dänische Gerichts- und Verwaltungssprache. Paulsen verfocht bis zur schleswig-

holsteinischen Erhebung im März 1848 den schleswig-dänischen Standpunkt: Schleswig. so betonte er, sei weder dänisch noch holsteinisch, sondern schleswigsch. Die Schleswiger hatten nach seiner Ansicht ein verbrieftes Recht auf Anerkennung ihrer selbständigen Verfassung, die Christian I. ihnen 1460 zugesichert, und die Friedrich VI. durch die Einrichtung von schleswigschen Landtagen erneut bestätigt hatte. Paulsen meinte, daß die Schleswiger „politisch“ (d. h. durch ihre Verfassung) schleswigsch und durch ihre Nationalität dänisch seien. Holstein, Schleswig und Dänemark waren ihm gleichberechtigte Teile des dänischen Gesamtstaates. Aber aufgrund des Lehnsbandes waren die Bindungen Schlesiws an Dänemark enger als die Holsteins an das Königreich.

Das Anwachsen des schleswig-holsteinisch-dänischen Gegensatzes, den Paulsen in Kiel unmittelbar miterlebte, und dem er sich durch seine Schriften und Artikel über das dänische Schleswig auch direkt aussetzte, ließ seinen Glauben an das fortdauernde Bestehen der dänischen Gesamtmonarchie vergehen.

Als am 28. Januar 1848 in Kopenhagen eine neue Gesamtstaatsverfassung verkündet wurde, lehnte Paulsen sie ab. Die schleswig-holsteinische Erhebung am 23./24. März 1848 bestätigte seine Zweifel und vertrieb ihn aus Kiel. Er wirkte dann ungefähr zwei Jahre in Kopenhagen, um schließlich im Herbst

1850 in seine Heimatstadt Flensburg zurückzukehren, wo er dann in leitender Position am (späteren, 1852) Oberappellationsgericht tätig war. Chr. Paulsen trat nach 1848 für den *dänisch-schleswigschen Staatsgedanken* ein. Da die „Schleswigholsteiner“ Deutsche sein wollten, sollten sie aus dem zukünftigen *dänischen Staat* ausgeschlossen werden. Schleswig aber, das durch seine alte *Lehnsbindung an Dänemark* ein untrennbarer Teil des Reiches war, durfte nur noch in *lokalen Bereichen* gewisse *Selbständigkeit* bewahren. Das Herzogtum mußte voll als *Provinz ins Reich eingegliedert* werden. Die neue *Staatseinheit* sollte auch dadurch gefestigt werden, daß die *Schleswiger ihre Volksvertreter* in das für Herzogtum und *Königreich* gemeinsam zu errichtende *Parlament nach Kopenhagen entsandten*. Um die „*dänische Volkstümlichkeit*“ *Schleswigs retten* zu können, verlangte er also die *Errichtung des Eiderstaates*. Die *kulturellen Rechte der deutschen Schleswiger* wollte er in

der *freien „Reichsverfassung“* verankert sehen. Eine *Teilung Schleswigs nach nationalen Gesichtspunkten* lehnte er ab, sie widersprach dem *überlieferten Staatsrecht*. Die „*Volkstümlichkeiten*“ hatten nur *kulturelle, aber keine politischen Rechte*.

Die *Entwicklung des nationalen Gedankens nach 1830* hatte ihm so das *größere Ideal des multinationalen Gesamtstaates*, in dem alle „*Volkstümlichkeiten*“ *gleichberechtigt sich neben- und miteinander zum Wohle des einzelnen und der gesamten Menschheit entfalten konnten, zerschlagen*. Die *Verbitterung über die harten Kampffahre in Kiel*, in denen er *Isolierung durch Studenten und Kollegen hinnehmen mußte*, hatte den *feinfühlig*en und einst so *moderaten Mann zu einem starren Verfechter des Eiderstaates* gemacht. Die *Jahre der Kämpfe* hatten aber auch an seiner *Gesundheit gezehrt*. Chr. Paulsen starb im *Dezember 1854 im Alter von nur 56 Jahren*.

Johann Runge

Kooperative Aktivitäten in der deutsch-dänischen Grenzregion

Die Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzbereich ist vielschichtig und konstruktiv. Sie wird getragen von den amtlichen Stellen in Dänemark und Deutschland, den Städten und Kreisen, aber auch von den wirtschaftlichen Verbänden. Entscheidend aber ist der Wunsch der Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze, im gemeinsamen Interesse in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht miteinander und nicht gegeneinander zu wirken, um so die Lebensgrundlagen der Menschen dieses Raumes zu sichern.

Die Politik nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze richtet sich seit vielen Jahren nach den Leitlinien der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 aus. Diese Erklärungen waren damals ein hoffnungsvoller neuer Anfang in den Beziehungen beider Völker. Ihre Zielsetzung, den Menschen in unserer Grenzregion in seinem persönlichen Freiheitsraum zu schützen und zu stärken, seine Bindungen an Sprache, Geschichte und Kultur seines Volkes in Loyalität zum jeweiligen Staat, aber auch der Minderheiten und der Mehrheiten untereinander zu achten, wurde erreicht. Und so ist das Verhältnis zu Dänemark nachbarschaftlich und auf die Anerkennung der beiderseitigen Interessen ausgerichtet. Es wird auch nicht durch gelegentliche, durch Tagesereignisse verursachte Reibungen getrübt. Es ist vielmehr die selbstverständliche Aufgabe und Pflicht aller Verantwortlichen, Schwierigkeiten im beiderseitigen Interesse zu glätten und zu überwinden. Wir können mit Erleichterung und Dankbarkeit feststellen, daß, grundsätzlich gesehen, das Verhältnis zu unserem Nachbarlande kaum jemals ausgeglichener als heute gewesen ist.

Und so können wir mit Recht behaupten, daß die deutsch-dänische Grenze nicht als ein Bollwerk anzusehen ist, an dem die Geister sich scheiden. Ganz im Gegenteil! Die Fülle der Kontakte über die Grenze hinweg nach Süden und Norden beweist, daß im Grenzland eine stetige und fruchtbare Zusammenarbeit besteht. Abgesehen von den selbstverständlichen Verbindungen der beiden Volksgruppen zu ihrem jeweiligen Mutterland, werden seit Jahren auf den verschiedensten Sachgebieten wichtige Vorhaben besprochen und untereinander abgestimmt, so daß die gegenwärtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Beobachtern aus dem überregionalen europäischen Raum geradezu als vorbildlich gewürdigt wird. Hervorzuheben sind vor allem:

Kooperation in der Verwaltungsebene

Seit Jahren gibt es rege Kontakte deutscher und dänischer Verwaltungseinheiten auf dem Gebiet der Raumordnung und Regionalplanung in Südjütland und dem Landesteil Schleswig. Aus technischer Notwendigkeit bestehen Beziehungen zwischen den Straßenbaubehörden, den Zollbehörden (Gemeinschaftszollanlage Pattburg seit 1978), der Polizei und dem Grenzschutz. Wertvoll sind die Arbeiten der Amtskommune und des Arbeitsamtes Sønderjylland sowie der Stadt Flensburg, die für den Sozialbereich wichtige Broschüren („Kompaß für Grenzgänger“) erstellen.

Die „Grenzwasser-Kommission“

Dieser Ausschuß ist die älteste der grenzüberschreitenden Einrichtungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Die Kommission besteht seit 1922. Sie überwacht 40 Kilometer der Grenzwasserläufe. Dem Gremium gehören je drei dänische und deutsche Vertreter aus den Grenzkreisen an. Der Vorsitz wird im regelmäßigen Wechsel jeweils von einem Deutschen bzw. Dänen geführt.

Die „Kommission zur Reinhaltung der Flensburger Förde“

Sie ist seit 1973 tätig. Die Umweltschutz-Vereinigung setzt sich aus Vertretern des Kreises Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und des dänischen Amtes Südjütland zusammen. 1978 wurde der Förde-Kommission auch ein „technisches Beratergremium“ angegliedert, dessen Aufgabe es ist, die unterschiedliche Praxis von Untersuchungen anzugleichen.

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit beim Küstenschutz

Sie besteht seit 1965. Die Koordinierung umfaßt das Wattenmeer der nordfriesischen und südjütlandischen Westküste. Jüngstes Großprojekt ist der gemeinsame Deich von Emmerleff-Kliff bis zum Hindenburgdamm.

Das deutsch-dänische Kommunalforum

Das Forum tagt in der Regel zweimal jährlich. Dem Anfang 1976 gegründeten Gremium gehören 15 Vertreter der dänischen Amtskommune Nordschleswig/Sønderjylland sowie 18 Vertreter der Stadt Flensburg sowie der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg an. Das nicht institutionelle Kontaktgremium, dem die Verwaltungschefs der Kreise vorstehen, beschäftigt sich mit Problemen grenzüberschreitender Art. Zuletzt wurde — Anfang März dieses Jahres — ein „Hilfsplan“ vereinbart, der im Fall von Naturkatastrophen grenzüberschreitend wirksam werden soll.

Die deutsch-dänische Grenzlandpressekonferenz

Diese unabhängige Arbeitsgemeinschaft deutscher und dänischer Journalisten

wurde im Jahre 1976 gegründet. Der Vereinigung gehören rund 30 Redakteure und Redaktionen der Zeitungen, Rundfunkanstalten und Nachrichtenagenturen des deutsch-dänischen Grenzraumes an. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den beiden Nationalitäten. Der Vorstand setzt sich paritätisch aus jeweils drei deutschen und dänischen Journalisten zusammen, wobei die Zeitungen der Minderheiten im Vorstand vertreten sein müssen. Laut Satzung bemühen sich die Mitglieder der „Grenzlandpresseloge“ durch ihre regelmäßige Berichterstattung aus dem Grenzland „um mehr Informationen über die Grenze hinweg“.

Das „deutsch-dänische Wirtschaftsforum“

Es kommt turnusmäßig zweimal jährlich seit 1975 zusammen. Es ist ein grenzüberschreitendes Kontaktgremium, das aus den Spitzenvertretern der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, des dänischen südjütlandischen Erwerbsrates sowie des Handelsstandsverbandes besteht. Eine gemeinsam herausgegebene Broschüre soll auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Grenzland aufmerksam machen.

Der deutsch-dänische Energieverband

Der Verband arbeitet seit über einem halben Jahrhundert. Die Stadt Flensburg hat einen Zusammenarbeitsvertrag mit dem benachbarten Südjütlandischen Hochspannungswerk (SH) in Apenrade. Die SH wiederum ist seit 1956 in den genossenschaftlich organisierten Verbund der „Elsam“ (Jütland-Fünen) integriert. Der deutsche Verbundpartner ist die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK Hamburg). Jüngste Gemeinschaftsleistung ist das deutsch-dänische Kraftwerk „Ensted 3“ (630 Megawatt) in Apenrade, das im Oktober 1979 in Betrieb genommen wurde. Jeweils die Hälfte der dort gewonnenen Energie fließt nach Jütland und Schleswig-Holstein.

Die „deutsch-dänische Arbeitsgemeinschaft Westküste“

Innerhalb der Touristik-Organisation „Internationale grüne Küstenstraße“ existiert diese Einrichtung schon seit fast 25 Jahren. Der Gemeinschaft gehören auf deutscher Seite 24 Städte, Gemeinden und Kreise entlang der Westküste von Niebüll bis Glückstadt (Kreis Steinburg) an. Dänischerseits sind es 25 Städte und Gemeinden von Tondern bis Skagen/Nordjütland. Mit Prospekten und in anderweitiger Werbung setzt sich die „Arbeitsgemeinschaft Westküste“ für eine weitere Belebung des Fremdenverkehrs entlang der Bundesstraße 5 (Deutschland) und der A 11 (Dänemark) ein.

Grenzlandforschung

Die Untersuchung und Analyse grenzpolitischer Probleme wird in Zukunft ein

besonderes Gewicht im Bereiche der Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion haben. Die Grenzlandforschung wurde aus mancherlei Gründen bisher nicht in dem nötigen Umfange betrieben, so daß bedauerlicherweise erhebliche Wissenslücken bestehen. Auch war kaum die Möglichkeit vorhanden, auf der Grundlage einer ausreichenden objektiven Dokumentation gründliche Informationen über den Grenzraum zu erhalten.

Das Grenzforschungsinstitut in Apenrade

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde bereits im Jahre 1976 in Dänemark ein Grenzforschungsinstitut mit dem Sitz in Apenrade errichtet. Hauptaufgabe dieses Instituts ist die Erforschung aller Fragen, die in Grenzgebieten überhaupt von Bedeutung sind. Das Aufgabengebiet dieses Instituts umfaßt daher nicht nur die deutsch-dänische Grenzregion, vielmehr erstreckt sich die Tätigkeit dieser Einrichtung auf alle skandinavischen und europäischen Regionen. Ziel der Arbeit ist, wie es in einer Verlautbarung des Verwaltungsrates des Instituts heißt: „Unterstützung des Aufbaus eines Forschungsmilieus in diesem Gebiet und Etablierung einer Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsinstitutionen und den Forschungseinrichtungen, insbesondere mit dem Ziel der Entwicklung eines weiteren Ausbildungsangebots.“ Und es heißt weiter: „Der Verwaltungsrat des Instituts für Grenzregionsforschung kann sich der Auffassung anschließen, daß man bei der Schaffung eines Universitätsmilieus in Sønderjylland auf das Institut für Grenzregionsforschung baut.“ Damit ist dem Institut ein hochschulpolitisches Ziel gesetzt, dessen Verwirklichung wahrscheinlich weitreichende Folgen auf die geistige Situation in der Region haben wird. Die wissenschaftliche Arbeit innerhalb der humanistischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen ist daher auch umfassend. Sie erstreckt sich insbesondere auf Geschichte, Sprachforschung, Wirtschafts- und politische Wissenschaften und Geographie. In diesem Rahmen sind sowohl Fragen der europäischen Zusammenarbeit wie solche unseres Grenzraumes untersucht worden. Aus der Reihe der regionalen Themen aus dem deutsch-dänischen Grenzbereich sind hervorzuheben: Wirtschaftsförderung und Entwicklungsräume (Gebietsentwicklung) im deutschdänischen Grenzraum; die Pendelverflechtung über die dänisch-deutsche Grenze; die Grenzregion in der Konjunkturkrise; der Kontakt zwischen den Sprachen in der deutsch-dänischen Grenzregion; Grenzhandel über die deutsch-dänische Landesgrenze.

Das Institut für regionale Forschung und Information und die Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg

In enger Fühlungnahme mit dem dänischen Grenzforschungsinstitut in Apenrade — ohne daß eine Institutionalisierung der Kooperation gewünscht oder angestrebt

wurde — arbeiten auf deutscher Seite seit 1978 das „Institut für Regionale Forschung und Information“ und die letzterem angegliederte „Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg“ zusammen.

Die Aufgabe dieser Einrichtungen ist es, Grundlagen für die Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation im deutschdänischen Grenzraum zu erarbeiten und die Koordinierung der Aktivitäten aller bereits mit Forschungsaufgaben befaßten Einrichtungen sicherzustellen.

Das inzwischen von den zuständigen Gremien gebilligte „Große Forschungsprogramm“ umfaßt über 100 Projektvorschläge, die für den Grenzraum als wichtig angesehen werden. Hierzu gehören vor allem Themen aus dem Bereich der Wirtschaft, der Kultur, des Sozialwesens, der Politik, der Verwaltung, aber auch der Geschichte. Die Bearbeitung der Forschungsvorhaben erfolgt zum einen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, zum anderen vor allem aber auch unter Ausnutzung der örtlichen Erkenntnisse und Erfahrungen.

Die Forschungsarbeit wurde nach Überwindung einiger Anfangsschwierigkeiten bereits in vollem Umfange aufgenommen. Die Projektbearbeiter sind zum Teil Hochschullehrer, zum Teil arbeiten Persönlichkeiten auf der Grundlage ihrer praktischen Erfahrungen und genauen Kenntnis des Landesteils Schleswig mit.

Zu den Forschungsprojekten gehören z. B. Arbeiten wie:

Naturschutz und Landschaftswandel; Die Situation und die Perspektiven der Energiewirtschaft in der Grenzregion; Die unterschiedliche Entwicklung der Landwirtschaft im deutsch-dänischen Grenzraum; Was ist die deutsch-dänische Grenzregion — Begriff und Grenze; Regionale Politik in Dänemark und Deutschland im Vergleich mit der Regionalisierung in anderen Ländern, insbesondere in Skandinavien.

Aus dem breitgefächerten Bereich der Tätigkeit der Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule Flensburg sind unter dem Gesichtspunkt der grenzüberschreitenden Interessenlage folgende Vorhaben hervorzuheben: Untersuchungen über die „Analyse des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs an der deutsch-dänischen Landesgrenze“ wurden vom Leiter der Forschungsstelle selbst durchgeführt und basieren zum Teil auf langjährigen vorangegangenen Einzelanalysen. Es ist geplant, im Hinblick auf die besondere Aktualität der Feststellungen, die Ergebnisse allen interessierten Dienststellen zu unterbreiten. Es ist anzunehmen, daß im Zusammenhang mit ähnlichen Untersuchungen auf dänischer Seite wichtige ökonomische Schlußfolgerungen zu ziehen sein werden, die nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung in der gesamten Region sein dürften. Die Überlegungen zum Thema „Bäuerliche Struktur der deutschen Minderheit in Nordschleswig“ wurden bereits 1975/76 eingeleitet. Die Arbeit ist mit den zuständigen Stellen der deutschen Minderheit, die an dieser Studie großes Interesse bekunden, abgestimmt. Sie gibt überdies allgemein geltende

Aufschlüsse über die landwirtschaftliche Struktur in Nordschleswig. Die Arbeit steht vor ihrer Fertigstellung.

Alle diese Projekte können nur in Zusammenarbeit mit dem dänischen Grenzforschungsinstitut sinnvoll durchgeführt werden. Das Zusammenwirken erfolgt reibungslos und ist getragen vom gegenseitigen Vertrauen. Beispielhaft ist die Kooperation bei dem Projekt „Analyse und Wertung des zentralörtlichen Gefüges und der Umlandverflechtungen im Landesteil Schleswig“. Wissenschaftliche Leiter für dieses Projekt auf deutscher Seite sind Prof. Dr. Willms, Universität Kiel, und Prof. Dr. Weigand, Pädagogische Hochschule Flensburg. Beide Wissenschaftler stehen in ständigem Kontakt mit den dänischen Partnern. Sie sorgen dafür, daß dieses für die Bevölkerung der deutsch-dänischen Grenzregion so bedeutsame Vorhaben in sorgfältiger Abstimmung der Interessen der gesamten Region durchgeführt wird. Die diesbezüglichen Gespräche verlaufen in einer ausgeglichenen Atmosphäre.

Besonders soll erwähnt werden, daß sich — übrigens auf Anregung des Forschungsinstituts in Apenrade — die gemeinsame Erarbeitung einer Geschichte der beiderseitigen Minderheiten in der Planung befindet. Gerade diese Arbeit wird von großem Interesse für alle mit den Grenzfragen befaßten Persönlichkeiten sein. Es besteht kein Zweifel, daß auf beiden Seiten das nötige Verständnis für die Situation des Partners vorhanden sein wird. Z. Zt. laufen erfolgversprechende Vorbesprechungen über die Konzeption des Projekts.

Es ließen sich sicher noch weitere Formen der Kooperation in der deutschdänischen Grenzregion aufzeigen. Ich meine aber, daß schon die in diesen Ausführungen aufgezeigten Aktivitäten deutlich erkennen lassen, daß man im Grenzbereich in wichtigen Problembereichen zum gemeinsamen Vorteil kooperiert und die beiderseitigen Standpunkte untereinander abstimmt. — Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Das aber soll nicht ein Verharren auf dem Stand der gegenwärtig bestehenden Beziehungen zur Folge haben. Allein z. B. die Verkehrsferne der deutschdänischen Region von ihren Zentren erfordert alle Anstrengungen, die Grenzraumkontakte zu halten, auszubauen und pragmatisch zu erweitern. Man wird gezwungen sein, die Intensität der Kooperation in Zukunft noch zu steigern — einfach aus der klaren Erkenntnis heraus, daß nur durch das vertrauensvolle Zusammenwirken aller Kräfte, die für die deutsch-dänische Grenzregion Verantwortung zu tragen bereit sind, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen unserer Bevölkerung wirksam vertreten und durchgesetzt werden können.

Gerhard Fritz Hensel, Flensburg

*Kunst sei Vergeistigung?
Ist sie nicht vielmehr Versinnlichung
des Unbewußten und der Erinnerung?*

Wer als sein Zeitgenosse in den letzten dreißig Jahren Entfaltung und Entwicklung der Kunst des Malers *Gerhard Fritz Hensel* verfolgt hat, kann in einer Zeit der pluralistisch ausgerichteten Irrungen und eingefärbten Verirrungen fast mit Genugtuung feststellen, daß der Künstler einen zwar nicht eindeutigen, aber stetigen und beinahe zielbewußten Weg gegangen ist.

Am 24. August 1980 vollendete er sein siebzigstes Lebensjahr; die erste Hälfte dieser Zeit begann er in Neukirch, einem Dorf in der sächsischen Oberlausitz, die zweite mit der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in Flensburg. Den Neubeginn in Deutschland, dem zertrümmerten, erfüllte er nicht mit Mutlosigkeit oder Verzagen, sondern mit Initiative, Fleiß und Disziplin. Der einstige Dorfjunge hatte das Malerhandwerk erlernt und begab sich mit achtzehn Jahren „auf Wanderschaft“. In München kam er durch Abendkurse der bildenden Kunst näher und setzte sechs Jahre später seine Studien auf der Dresdener Kunstakademie fort, so daß er die Grundlagen für jenen Neubeginn mitbrachte. Schon die ersten zehn Jahre in Flensburg ließen erkennen, daß es bei dem reifen Manne Hensel, seit Beginn der fünfziger Jahre Kunsterzieher an der Flensburger Goethe-Schule, um ein geistiges oder formales Ringen um seine Arbeit nicht ging. Natürlich hatte der bald Vierzigjährige seine Prägung mitgebracht und brauchte in seinem Schaffen keiner „Kunst“-Richtung nachzulaufen. Vielmehr baute er zielstrebig aus, was bald als „sein Stil“ zu erkennen war. Die jährlichen Grüße zur Weihnacht an einen bald sehr weiten Kreis von Freunden seiner Kunst zeigten vorwiegend graphisch, wie seine Mitarbeit am TIDE- Kalender von Anfang an auch malerisch ein nie unsicheres, aber allmähliches Fortschreiten in der formalen Entwicklung. Bald waren seine Graphiken und Gemälde dieser ersten Jahre in den Kunstausstellungen vom Flensburger Museum bis zur Landesschau in Kiel anzutreffen, und sein charakterzeichnender Stil wurde durch Arbeiten wie „Mensch mit Katze“ oder den mehrfach variierten „Cellospieler“ bekannt. — Bei dem „Altrussischen Guslisänger“, so schrieb ein Rezensent, zaubert der Maler aus den Bewußtseinsschichten die Erinnerung des Alten hervor und baute Kate und Kirche und Ikon als wesentliche Bestandteile in die Komposition ein. — Und der „Reiter“ blieb all die Jahre bis heute eins seiner Lieblingsthemen.

Für den derartig Betrachtenden gelangt der Künstler ganz konsequent zur intimsten Aufzeichnung, zum Selbstbildnis, dessen „wahre“ Grundlage — ohne

Stargetue und Selbstgefälligkeit — die Selbsterkenntnis sein will. Herbheit und Ernst sind offensichtlich, und wenn er, der Porträtierte, den Betrachter (wie in den meisten dieser Bildnisse) anschaut, dann räumt er gleichzeitig ein, in welcher Gemütslage er sich befindet — und auf welcher Höhe des Bewußtseins.

Die Aufrichtigkeit darin wird ihm niemand bestreiten, und was den Künstler Hensel in den folgenden Jahrzehnten bis zum Jahre 1980 leitet, ist weder unbekümmerte Progressivität noch dünne Nostalgie. Gewiß, auch er hat experimentiert, ist aber nicht darin steckengeblieben, sondern hat des einstigen „Neutöners“ Hindemith Aufforderung befolgt, es des Experimentierens genug sein zu lassen und „wieder Musik zu machen“.

Sein Oeuvre der folgenden Jahrzehnte, wohl überschaubar in seiner Klarheit, läßt erkennen, daß er nicht von Standpunkt zu Standpunkt getaumelt ist. Vielmehr besteht seine Variabilität in einer Reihe homogener und konsequenter Stufen, jede eine notwendige Ergänzung der vorhergehenden.

Damals, also in seinem fünften Lebensjahrzehnt, lernte er auf Reisen und schließlich systematischen Studienfahrten Italien, Griechenland und den Vorderen Orient kennen, jene Länder, in denen unser europäisches Kulturbewußtsein seine Herkunft hat. Was Hensel dort gewann, war keine persönliche Renaissance der Antike oder gar eine neue Klassizität. Auch hier blieb er „durch nachdenkliches, ja grüblerisches Suchen zu einem Künstler eigenwilligen Gestaltens gereift“.

Dieser „neue“ bzw. „alte“ Hensel begegnete nun in häufigen Einzelausstellungen unzähligen Menschen von Kleinsolt und Flensburg über Lübeck und Hamburg, München und Fulda bis Dänemark, Schweden und Norwegen, bis Frankreich und Südamerika. Aus den Anfängen dieser Epoche bleiben „Unter dem Sonnensegel“ oder „Reiter auf Goldgrund“ und manch anderes im Gedächtnis. Über eine Ausstellung in der Lübecker Stadthalle schrieb damals die Flensburger Presse u. a.: Bevor ich die reichhaltige und günstig angeordnete Schau verlasse, kehre ich noch einmal zu dem zurück, was mich am stärksten getroffen hat: Himmel und Berg und Tempel auf dem „Parthenon“ sind wie eine Vergegenwärtigung nie endender Größe zu bewundern und geben die beruhigende Gewißheit mit, daß das Gefühl für das Echte nie ganz verschwinden wird.

Nun geben sich diese Bilder nicht klassisch, sondern archaisch. Sie sind, wie der Bildner selbst sagt, „Ausdruck des Unbedingten“, dessen also, was wir in der heutigen Zeit fauler Kompromisse verloren haben. „Helladische Hermen“ mag als Beispiel der Verehrung für eine Urkraft gelten, die in sich ruht, die ist, einfach „ist“. Was Hermen waren, stilisiert sich unter der Hand des Künstlers zu „Blauen Figuren“, und in der dritten Stufe schält sich wie aus der Puppe das Imago Frau heraus, zwar noch vom archaischen Stein umrahmt, doch unverkennbar das Gesicht des Mitmenschen, der Verehrten, der Geliebten.

Damit steht diese Betrachtung vor dem bisher letzten Abschnitt, dem Überblick

über das Schaffen Gerhard Fritz Hensels mit einer Ausstellung, die das Kieler Kultusministerium und die Leitung der Sankelmarker Akademie in ihren Räumen zu seinem 70. Geburtstag veranstaltet hat: Die etwa 80 graphischen und malerischen Arbeiten (Öl und Aquarell) erwecken einen geschickt konzipierten „organischen Eindruck“. Hensels Hauptthematik dominiert in dieser Schau: die archaischen, also noch elementaren Dokumente der Antike führen dazu, die Herkunft eines europäischen Kunstbewußtseins nicht aus der Höhle, sondern aus mythischer Kunstbetätigung der Etrusker und der Kreter zu entdecken. Aus Unruhe und Erwartung, aus Erfüllung oder Enttäuschung wuchs ihm, dem Künstler, mit dem tiefgreifenden Erlebnis der Antike etwas ganz Neues und scheinbar ganz anderes als den vielen Deutschen aus ihrer Begegnung mit den (meistens klassischen) Epochen jener Anfangszeit. Da wird keine klassische Strenge, keine klassizistische Nachahmung, kein homerisches Bildungserlebnis, keine romantisierende Iphigenie, „das Land der Griechen mit der Seele suchend“ (wie bei Feuerbach und seinen Zeitgenossen) zur Imagination.

Vielmehr tauchen aus dem Unbewußten auf und gewinnen Gestalt Themen wie „Mensch und Pferd“, „Relief mit Kentaur“, „Räumliche Komposition mit Kopf“, stärker noch „Arethusa auf Goldgrund“ (mit Delphinen als Dekor!) und nachdenklich machend „Schweigender Park (Refugium)“. Es ist, als bedürfte eine immanente idealistische Beeinflussung durch die hündische Jugend (vor 1933) für des Menschen und Künstlers Hensel Unbeirrbarkeit eines Refugiums, einer Zuflucht. Und deren Magie macht sich bemerkbar in seinem Schaffen: wieder gibt es den nahestehenden Menschen in Andeutungen oder das „Selbstbildnis neben Kopfform“, das auch im Gesichtsausdruck auf jene Besinnung schließen läßt.

In einem Abschnitt seiner kenntnisreichen Einführung in Leben und Schaffen des Siebzigjährigen scheint Uwe Lempelius, Flensburg, solche Art der nicht rationalen Aneignung zu bestätigen: „ ... Wesentliche Arbeitsantriebe entstammen dem unbewußten Arbeiten. Er hat nicht eine fertige Vorstellung im Kopf vom Endergebnis, sondern erreicht sie erst über verschiedene Arbeitsgänge am Bild. Man darf sich also nicht vorstellen, daß Hensel archaische Objekte wie Stilllebenutensilien vor sich aufbaut, um diese dann darzustellen. Viele Bilder sind Erinnerungen an Gesehenes, die während der Arbeit am Bild in dieses einfließen ... “

Außer dieser Deutung und Zitaten eigener Rezensionen hat der Verfasser Auszüge aus seiner Würdigung des Flensburger Malers gebracht, die 1973 iab (INTERNATIONAL ART BULLETIN Administration-Rédaction in Monte Carlo) veröffentlichte. Sie ist gelegentlich einiger ausländischer Hensel-Ausstellungen in die entsprechende Landessprache übersetzt worden. Anlässlich einer Verteilung von Ablichtungen Henselscher Arbeiten an die Mitglieder von De Unges Kunstkreid Südschleswig hat sie Leif Dahl ins Dänische übersetzt.

Weiterhin sind Besprechungen mit Bildern erschienen in La Revue Moderne des arts et de la vie, Paris; International Directory of Arts, Berlin; Dictionary of international Biography, London; Les Arts en Europe, Monte Carlo; Die Kunst und das schöne Heim; Kunst und Leben.

ZUFLUCHT (auf Hallig Habel)

*Gebeizt ist meine Haut von Salzkristallen,
die Zunge klebt in ekler Bitterkeit,
und Bruder bin Polypen ich und Quallen.
Wo ist die Zeit?*

*Am Rocken spinnt Penelope seit Jahren.
So roch der braune Tang, als ich ein Kind.
So blaute Himmel, als wir ausgefahren
mit gutem Wind.*

*Das wilde Meer fraß meiner Nympe Gaben,
an seinen Klippen ist mein Boot zerschellt,
der Not Gefährten wurden drin begraben ...
Leer ist die Welt.*

*Laß nun des Styx Gewässer wieder rauschen!
Müd' ist die Seele und der Körper matt.
Nochmals Vergessen um dies Dasein tauschen?
Ich bin es satt ...*

*Jäh schreckt mich auf des Übermuts Gelächter —
Sind's die Gespielen der Nausikaa — ?
Ach, buntgefiedert, kreischt der Insel Wächter.
Kein Mensch ist nah.*

*Enttäuscht will ich zurück ins Dämmern sinken.
Schon tönt auf ihrem Silberhorn Selene.
Da seh das Meer wie Helm und Speer ich blinken:
Pallas Athene!*

Horst Schwarze

Nationale Identität und soziale Bewegung

Tagung des Grenzfriedensbundes und der Akademie Sankelmark vom 19. bis 21. September

Sankelmark, Fast belustigt stellte ein Däne fest, wie schwer es die Deutschen noch immer mit dem haben, was anderswo ganz selbstverständlich „Nationalgefühl“ ist. Es ist aber offenbar ein Problem in einem geteilten Land, auf dessen Geschichte man so wenig stolz sein kann, dazu noch im Grenzland – das wurde deutlich in einer Tagung unter der Überschrift „Nationale Identität und soziale Bewegung“ in der Akademie Sankelmark. Man nahm mit dieser Tagung ein Thema wieder auf, das schon im November 1975 von einer deutsch-dänischen Wissenschaftler-Konferenz in Fallstudien bearbeitet worden war. Für Kontinuität und ein Anknüpfen an die Ergebnisse von damals sorgten sowohl unter den Teilnehmern als auch unter den Referenten einige Historiker der 1975er-Tagung, die diesmal allerdings grundsätzlicher und allgemeiner ausgerichtet war. Vorbereitet und geleitet wurde das Seminar, an dem insgesamt 40 deutsche und skandinavische Historiker, Grenzpolitiker, Sozialdemokraten und andere norddeutsche Menschen teilnahmen, vom stellvertretenden Akademiedirektor Dr. Erich Rohner.

Die ganze Bandbreite des Themas tat am ersten Abend Dr. habil. Gerhard Beier, Flensburger und heute in Kronberg/Taunus ansässig, mit seinem einleitenden Referat auf: Zitate von Hegel bis Iring Fetscher und vom diesjährigen internationalen Historiker-Kongreß in Bukarest illustrierten, was alles unter „nationaler Identität“ verstanden werden kann und sorgten für erhebliche Begriffs-Verwirrung. Unter den gegebenen bundesrepublikanischen Bedingungen plädierte Gerhard Beier dafür, die Sozialstaatsklausel im Grundgesetz als Möglichkeit zu nutzen, eine gesellschaftliche und nicht eine nationale Identität zu entwickeln, die dann durch regionale Bezüge ergänzt werden könne.

Eine Art „bundesrepublikanisches Eigenbewußtsein“ als berechtigten Leistungsstolz und Föderalismus, Wiederaufbau und Sozialstaat prophezeite demgegenüber der Bielefelder Historiker Professor Hans-Ulrich Wehler als künftige Spielart westdeutschen Nationalgefühls. Wehler – einer der „ganz großen Köpfe“, um die Sankelmark sich für diese Tagung bemüht hatte – stellte diese These ans Ende seines Vortrages über „die deutsche Sozialdemokratie und die Nation“, indem er das zwiespältige Verhältnis der „vaterlandslosen Gesellen“ zur Nation zwischen groß- oder kleindeutschen Lösungen, zwischen Reformpolitik und „Revolutionsrhetorik“ darstellte, angefangen bei der Entstehung der

Arbeiterbewegung vor rund 140 Jahren. Ihre eigentliche Prägung, so Wehler, habe die deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich während der großen wirtschaftlichen Krisen von 1873–1895 und der Sozialistengesetze 1878–1890 erfahren; trotz marxistischer Terminologie in der Gesellschaftsanalyse sei sie schließlich in den Nationalstaat einbezogen worden. Der Nationalismus, ursprünglich ein Begriff aus der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung, sei in Deutschland durch die politischen und wirtschaftlichen Mißerfolge des Liberalismus um 1875 zu einer rechten ideologischen Anschauung geworden.

Noch nach der Spaltung der SPD an der Frage der Kriegskredite hätte nach Wehlers Ausführungen die SPD in der Revolutionszeit 1918/19 mehr eigene Vorstellungen von der Organisation eines neuen Staates durchsetzen können, als die Gemäßigten um Ebert damals für möglich hielten. Die Weimarer Republik jedenfalls sei von der SPD auch nur halbherzig mitgetragen worden. Widerspruch und – zumindest in den Pausen – lebhaftere Diskussionen löste Wehlers These aus, der deutsche Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 sei historisch eine kurzlebige Erscheinung gewesen; das Leben der Deutschen in mehreren Staaten sei historisch gesehen das Normale; von daher erhalte die gegenwärtige deutsche Teilung einen anderen Stellenwert. Wehler kritisierte den Nationalismus Kurt Schumachers in den Gründungsjahren der Bundesrepublik, der auch im deutsch-dänischen Grenzland die Sozialdemokraten beider Nationen an gemeinsamer Organisation gehindert hatte. Er fragte sich, woher eigentlich in Deutschland die Energie genommen werde, immer noch eine gesamtdeutsche Lösung anzustreben, die doch nicht einmal 100 Jahre lang eine „Sonderlösung“ gewesen sei. Ein zeitgemäßes Ziel für die Sozialdemokratie sei Liberalisierung und Demokratisierung der DDR, aber nicht ein einheitlicher Staat.

Obwohl für die Diskussion des Wehler-Referats genug Zeit gewesen wäre und seine Stellungnahme zumindest in der anwesenden Runde auf Kritik hätte stoßen müssen, wurde seinen Thesen in Sankelmark nur sehr ansatzweise und in Frageform widersprochen – vielleicht hätte eine Diskussion in kleineren Gruppen mehr Konfrontation gebracht.

Aus Zeitmangel wurden die beiden folgenden Vorträge über das Verhältnis der norwegischen Arbeiterbewegung zur Nation und internationalen Beziehungen (Dr. Reinhart Lorenz, Kiel-Oslo) und über die Nationalitätenpolitik der Zweiten Sozialistischen Internationale (Dr. Agnes Blänsdorf, Kiel), nicht diskutiert. Auf eine ganz andere, konkretere und lebendigere Art vermittelte am Samstag abend die „Werkstatt der Erinnerungen“ gut 100 Jahre deutsche Geschichte. Drei gestandene alte Sozialdemokraten und Gewerkschafter, sozusagen Veteranen der Arbeiterbewegung, erzählten in einer Art Podiumsgespräch von Elternhaus, Jugend und früher politischer Arbeit. Solch mündliche Überlieferung von Geschichte, die noch in jeder Familie stattfinden könnte, ist unter Historikern eine

neue methodische Entdeckung, die den subjektiven Aspekt erlebter Geschichte herausarbeitet und mit einem englischen Ausdruck „oral history“ genannt wird. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Gerhard Beier. Zu den „Veteranen“ gehörte sein 79jähriger Vater Ernst Beier, heute Redakteur der Grenzfriedenshefte, ehemals Schriftsetzer und Sohn eines Hamburger Stukkateurs, der mit seiner Familie 1912 ins Flensburger Gewerkschaftshaus an der Schloßstraße einzog. Ernst Beier: „So bin ich ganz von selbst in die Arbeiterbewegung hineingekommen“.

Als ein „Juso der ersten Stunde“ stellte sich der 80jährige Frank Osterroth aus Lübeck vor, der über den Vater in die Bergarbeiterbewegung gekommen war und in den 20er Jahren als Arbeiterdichter und Bildungssekretär der Gewerkschaft bekannt war. Franz Osterroth erzählte viel vom Vater, der im Saarland und in Schlesien Zeitungen gegründet hatte und wegen „Majestätsbeleidigung“ und ähnlicher Vergehen lange verfolgt worden war. Er selbst war schon mit 19 Jahren für die Jugendarbeit in Partei und Gewerkschaft auf Reichsebene zuständig und gehörte zum Hofgeismar-Kreis, der nach der Ruhrbesetzung 1923 die Jungsozialisten als Teil der SPD aus der Taufe hob.

Auch aus einer Arbeiter-, aber nicht aus einer sozialdemokratischen Familie stammt der 75jährige Karl Rickers aus Kiel. Seine erste Begegnung mit der Politik war der Matrosenaufstand in Kiel am Ende des Ersten Weltkrieges, der ihn nachdenklich werden ließ. Auch Rickers, der nach 1945 Chefredakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung war, gehörte zu den Jungsozialisten der 20er Jahre.

Um die besonderen Fragen nationaler Identität im deutsch-dänischen Grenzraum schließlich ging es in zwei Vorträgen am Sonntag vormittag, wobei allerdings das Verhältnis der Arbeiterbewegung bzw. der SPD zu diesem Problem weder im historischen noch im politischen Referat besonders beleuchtet wurde.

Professor Dr. Erich Hoffmann vom Historischen Seminar der Universität Kiel erinnerte an die konfliktreiche Geschichte des Landes Schleswig in den letzten 150 Jahren, angefangen bei den Einwanderungsbewegungen über die ungeschickten Germanisierungsbestrebungen des preußischen Staates bis zu den Versuchen, per kultureller Konkurrenz und gegenseitiger Respektierung zu einer Art „friedlichen Koexistenz“ zwischen Deutschen und Dänen zu kommen. Schwerpunkt des Vortrags war die Volksabstimmung von 1920 nach dem Selbstbestimmungsrecht mit den vorhergehenden Streitigkeiten um den Abstimmungsmodus, von dem der Verlauf der Grenze schließlich auch abhängig war.

Artur Thomsen, Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, qualifizierte die Frage der Volkszugehörigkeit in Schleswig – mit Rückgriff auf den französischen Begriff von „Nation“ – als eine Angelegenheit des Bekenntnisses und nicht der Geburt:

Deutscher, Däne, selbst Friese sei, wer das wolle, wobei die Dänen eher als die Deutschen diese Frage auch tatsächlich so handhaben. Sich als „Schleswiger“ zu identifizieren aber, so Thomsen, sei bestenfalls eine ungenaue Angabe über den Geburtsort. (Siehe hierzu den Wortlaut des Vortrages auf den Seiten 121–127.) Welch unterschiedliche Bekenntnisse zu dieser Frage unter den anwesenden Teilnehmern zu dieser Frage abgelegt werden, wurde in der anschließenden lebhaften Diskussion deutlich, die freilich, da die Tagung mit Referaten recht „vollgepackt“ war, nicht zu Ende geführt werden konnte.

Sigrid Thomsen

Anmerkung der Redaktion:

Ihrer Bedeutung wegen hoffen wir die in Sankelmark gehaltenen Referate in den nächsten Grenzfriedensheften im Wortlaut veröffentlichen zu können.

*

Am neuen Deich von Emmerleff

Lehrreiche Studienfahrt des Grenzfriedensbundes

Die Mitglieder des Grenzfriedensbundes machten in drei Schüben unter ihrem 1. Vorsitzenden Artur Thomsen den Vordeich bei Emmerleff Kliff zum Ziel einer Studienfahrt. Das geschah auf drei Tage verteilt: zunächst drei Busse voll aus Husum, zwei Busse aus Flensburg, zuletzt wieder drei Busse aus Schleswig-Eckernförde. Drei markante Positionen waren zur Besichtigung gewählt, der Zeitpunkt war einprägsam: kurz vor Einsatz der neuen Schleuse. Fachmännische Beratung gab Pastor Schau aus Hoyer, der wegen seiner großen, erlebnisgestützten Erfahrungen allgemeine Bewunderung erregte.

Wer von den Zuhörern vermöchte je seine Schilderung zu vergessen, wie bei der letzten Sturmflut, der bislang höchsten dieses Jahrhunderts an der dänischen Wattenmeerküste am 3. Januar 1976.

Für wohl die meisten mochte es neu sein, von Pastor Schau zu hören, daß nicht die direkt anrollenden gewaltigen Wellen die Deiche durchbrechen. Dies geschieht durch sie erst, nachdem sie den Deichkamm bereits überrollt haben und ihn dann von der Landseite her mit Macht unterspülen. Deshalb läuft der neue Hoyer-Deich landwärts lang aus. Den jahrhundertelangen Kampf der Marschbewohner machte Pastor Schau mit Da ten deutlich: Schon vor tausend Jahren „schlugen“ sie einen Deich, wie es fachmännisch heißt; doch der 1861 gebaute Hoyer-Deich bietet den Bewohnern der Tonderner Marsch, immerhin ihrer zehntausend, keinen rechten Schutz mehr.

Der aus dem vollen schöpfende Experte korrigierte gewiß bei vielen seiner Zuhörer die hochgeputzte Warnung, das neu eingedeichte Gebiete gehe dem Vogelschutz verloren. Als engagiertes Mitglied am Landschaftsschutz wußte er überzeugend darzutun, daß schon jetzt im neugewonnenen Vorgelände sich die Seevögel in Scharen einfinden, nicht zu übersehen die Wildgänse, die jetzt schon sichtbar einen grünen Tisch zum Grasenvorfunden. In zwei Jahren wird hier ein ideales Schutzgebiet sich entwickelt haben, und wie die Menschen werden auch die Vögel sich hier sicherer fühlen als je zuvor, die Seehunde ahnen bereits ein wahres Paradies für sie. Ein 150 Meter breites, neues Vorland entstand, die Deichlänge mißt auf dänischer Seite 8,6 km und auf der deutschen 3,65 km. Der Deichkern wurde aus einem Gebiet anderthalb Kilometer westlich der Deichlinie eingespült und auf der Außenseite mit einer einen Meter, auf der Innenböschung mit einen halben Meter dicken Kleischicht abgedeckt. Pastor Schau erklärte, was Klei sei: grobkörniger Sand, man kann auch feiner Lehm sagen, wie es im Projekt steht. Diesem entnehmen wir, daß dänischerseits tausend Hektar eingedeicht sind, von denen 650 Hektar landwirtschaftlich genutzt werden, während 350 Hektar als Speicherbecken für die Wiedau dienen. Es mag manchen erstaunt haben, daß nach des landschaftskundigen Pastors Hinweis sogar Wasser aus dem Flensburger Bereich sich hier einfindet: Was nicht zur Förde gelangt, fließt hierhin. Immerhin kommen, laut Prospekt, 28 Prozent der Wassermenge, die durch das Hoyer-Siel in die Nordsee abfließt, aus Deutschland.

Ein großer Parkplatz ist vor Ort angelegt, dazu ein Informationsbüro mit Schautafeln, vor dem sich jetzt schon die Schulklassen drängen. Nordschleswig hat ohne Frage ein Ausflugsziel erhalten, das etwa ähnlich die Besucher anlocken dürfte wie es die Eidersperre bei Tönning tut. Hier bei Emmerleff ist allerdings das Panorama attraktiver: die Insel Sylt in ihrer ganzen Länge. Und wenn ein leerer Autozug über den Hindenburgdamm fährt, mutet es einen an, als schweben eine Kette von großen, mit Abstand gefügten Kisten am Horizont daher.

Der zweite Teil der Bildungstour galt zwei bemerkenswerten Schaustücken der Architektur, die zu deuten der Ehrengewählte Dr. Hans Peter Johannsen (jetzt Kollund) der berufene Fachmann war. Er erklärte die von einem großbäuerlichen Besitzer absichtlich – wenn man es so will : mit pädagogischen Hintersinn – zur Ruine gemachte „Troiburg“. Ehedem war sie eine Bischofsburg des Bistums Ripen.

Danach durfte die bildungsbegeisterte Gesellschaft den Schloßhof des Grafen Schack in Mögeltönder betreten und ein überaus reizvolles Beweisstück dafür betrachten, daß es sogar im Grenzland stilreines Barock gibt, das an Frankreich denken läßt. – Beim Aufenthalt im Osterhoist Krug machte Dr. Johannsen auf den in diesem Bereich nachhaltig geübten Pietismus aufmerksam, an dessen Verbreitung die aus dem Geschlecht der Claudius stammenden Pastoren starken

Anteil hatten.

Dr. H.